

# Verwaltungsbericht der Fürsorgedirektion = Rapport de gestion de la Direction des œuvres sociales

Autor(en): **Meyer, Kurt / Augsburg, Ueli**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1988)**

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418104>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

---

## Verwaltungsbericht der Fürsorgedirektion

Direktor: Regierungsrat Dr. Kurt Meyer  
Stellvertreter:  
Dr. Ueli Augsburgberger

## Rapport de gestion de la Direction des œuvres sociales

Directeur: le conseiller d'Etat Kurt Meyer  
Suppléant:  
le conseiller d'Etat Ueli Augsburgberger

---

### 1. Einleitung

1.1 Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Direktion lag im Berichtsjahr in der Bewältigung der Asylproblematik (vgl. Ziff. 2.2.4 Asylbewerber). Seit der Inkraftsetzung des revidierten Asylgesetzes vom 1. Januar 1988 ist auch im Kanton Bern der Zustrom neuer Gesuchsteller sprunghaft angestiegen. Insbesondere der Anteil türkischer Staatsangehöriger hat sich wesentlich erhöht. Nachdem der bernische Regierungsrat am 13. Januar das Drei-Stufen-Konzept (Erstaufnahmezentrum, Durchgangszentrum, Verteilung auf die Gemeinden) beschlossen hatte, konnten erste Massnahmen zur Bewältigung der teilweise unvorhergesehenen Entwicklungen getroffen werden. Da die Verteilung der Asylbewerber in die bernischen Gemeinden aufgrund der grossen Zahl von Zuweisungen durch den Bund erforderlich wurde, hat die Fürsorgedirektion im August entsprechende Aufenthaltszuweisungen verfügt. Obwohl die betroffenen Gemeinden vor zum Teil beträchtlichen Unterkunftsproblemen standen, konnte auf diese Weise eine grössere Anzahl Asylbewerber aus den Durchgangszentren ausplaziert werden. Nur vier Gemeinden haben gegen die zugestellten Verfügungen Beschwerde erhoben, welche vom Regierungsrat des Kantons Bern abschlägig entschieden worden sind. Inzwischen haben sich auch diese Gemeinden bereit erklärt, ihren Anteil zu übernehmen.

Am 6. September hat der Grosse Rat beschlossen, die Infrastruktur- und Personalkosten der zentrenführenden Gemeinden, soweit nicht vom Bund abgedeckt, zu finanzieren.

Angesichts der neuen Situation und der daraus entstandenen Schwierigkeiten wurde im Dezember die Reorganisation der Koordinationsstelle für das Asylwesen an die Hand genommen.

1.2 Kantonale Armutsstudie: Das im Vorjahr entwickelte und vom Regierungsrat am 8. September 1987 genehmigte Projekt für eine kantonale Armutsstudie (vgl. Verwaltungsbericht 1987) wurde im Berichtsjahr intensiv vorangetrieben. Im Zentrum standen die Realisierung des aufwendigen Stichprobenplans und weitere Vorarbeiten für die Feldforschung. Folgende für die erfolgreiche Realisierung des Projekts wesentlichen Ergebnisse konnten erzielt werden:

– In Zusammenarbeit mit dem kantonalen Datenschutzbeauftragten wurden sämtliche datenschutzrechtlichen Vorkehrungen der Studie nochmals im Detail geprüft und teilweise verfeinert.

### 1. Introduction

1.1 Au cours de l'exercice, l'activité de la Direction a porté dans une large mesure sur la question de l'asile (cf. ch. 2.2.4 Demandeurs d'asile). Depuis l'entrée en vigueur, le 1<sup>er</sup> janvier 1988, de la nouvelle loi sur l'asile, le canton de Berne a dû, lui aussi, faire face à l'arrivée massive de nouveaux demandeurs d'asile. Le nombre des requérants de nationalité turque notamment a considérablement augmenté. Après que le Conseil-exécutif bernois eut arrêté le 13 janvier un programme en trois phases (centre de premier accueil, centre de transit, répartition entre communes), des premières mesures ont pu être prises face à l'évolution parfois inattendue des événements. Vu le nombre de candidats à l'asile que le canton de Berne s'est vu attribuer par la Confédération, la Direction des œuvres sociales a affecté par décision au mois d'août des lieux de séjour dans les communes bernoises. Si cette affectation a parfois posé aux communes concernées d'importants problèmes d'hébergement, elle a néanmoins permis de faire sortir un nombre plus élevé de requérants des centres de transit. Seules quatre communes ont fait recours contre ces décisions, recours qui ont été rejetés par le Conseil-exécutif du canton de Berne. Depuis lors, ces communes se sont, elles aussi, déclarées prêtes à accueillir les requérants d'asile qui leur sont attribués.

Le 6 septembre, le Grand Conseil a décidé de financer les frais d'infrastructure et de personnel des communes gérant un centre, pour autant qu'ils ne soient pas pris en charge par la Confédération.

Au vu de cette situation nouvelle et des difficultés qui en découlent, il a fallu s'atteler en décembre à la réorganisation du Service de coordination en matière de demandeurs d'asile.

1.2 Etude cantonale sur la pauvreté: le projet élaboré l'an dernier et approuvé le 8 septembre 1987 par le Conseil-exécutif en vue d'une étude cantonale sur la pauvreté (cf. rapport de gestion 1987) a bien avancé durant l'exercice. Les points essentiels en furent la réalisation d'un programme d'échantillonnage coûteux, mais aussi d'autres travaux préparatoires nécessaires à l'enquête. Au succès de l'étude devraient contribuer en particulier les résultats suivants:

– Toutes les dispositions nécessaires au respect de la protection des données ont été réexaminées en détail et, le cas échéant, remaniées, en collaboration avec le délégué cantonal à la protection des données.

- Ein detaillierter Zusammenarbeitsvertrag mit der Stadt Bern stellt sicher, dass die von der Stadt geplante Armutsstudie weitestgehend in die kantonale Studie integriert werden kann.
- In Zusammenarbeit mit 145 (von 182 angefragten) Gemeinden konnte aus den Einwohnerregistern der Gemeinde eine für die erwachsene Wohnbevölkerung des Kantons repräsentative Stichprobe von 14 039 Bürgern gezogen werden. Daraus wurden in Zusammenarbeit mit den Fürsorge- sowie den Steuerbehörden der Gemeinden und des Kantons repräsentative Stichproben von Fürsorgeempfängern sowie von einkommensschwachen Steuerpflichtigen gezogen.
- Für die weitere Untersuchung dieser Stichproben konnten im Berichtsjahr auch die Erhebungsmaterialien für die Feldforschung sowie ein Bereinigungsverfahren für die statistische Bereinigung der Steuerdaten (zwecks Verbesserung ihrer Aussagekraft in bezug auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit) ausgearbeitet werden.

Aufgrund des fortgeschrittenen Standes der Vorarbeiten darf damit gerechnet werden, dass die Studie im Jahre 1989 abgeschlossen werden kann.

1.3 Durch die aus bau- und planungsrechtlichen Gründen vorgenommene polizeiliche Räumung des «Zaffarayas» auf dem Stadtberner Gaswerkareal wurde die Diskussion über die Möglichkeiten verschiedener Lebensweisen innerhalb unserer stets stärker reglementierten Gesellschaft erneut angeregt. Es herrscht teilweise die Meinung vor, es werde für gesellschaftliche Randgruppen immer schwieriger, eine ihren besonderen Ansprüchen und kulturellen Wertvorstellungen entsprechende Lebensweise verwirklichen zu können. Der Regierungsrat hat im Rahmen der Beantwortung der Interpellation Theiler vom 10. September 1987 in Aussicht genommen, diesem Problem Beachtung zu schenken. Mit Beschluss vom 23. März setzte er auf Antrag der Direktion eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe «Randgruppen» ein zur Erarbeitung eines Berichtes über die bestehenden Möglichkeiten zur Unterstützung von alternativen Kultur- und Wohnprojekten für soziale Randgruppen. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Baudirektion, Erziehungsdirektion, Gesundheitsdirektion, Justizdirektion und Polizeidirektion – die Federführung liegt bei der Fürsorgedirektion – zusammen. Es ist geplant, dem Regierungsrat im Frühling 1989 einen Kurzbericht zu unterbreiten.

## 2. Bericht der Abteilungen

### 2.1 Direktionssekretariat

#### 2.1.1 Personelles

Im Berichtsjahr ist nach über zwanzigjähriger Tätigkeit Hans Dreyer, 1. Direktionssekretär, in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Auch an dieser Stelle sei ihm für die grossen geleisteten Dienste zugunsten von Direktion und Staat Bern nochmals herzlich gedankt. Als Nachfolger mit Amtsantritt per 1. Januar wählte der Regierungsrat Dr. Rudolf Gerber. Mit Isabelle Delaloye konnte die Stelle der wissenschaftlichen Beamtin im Direktionssekretariat wieder besetzt werden; im Übersetzungsdienst trat Isabelle Schröder die Nachfolge von Henri Graber an. Zurzeit ist eine Halbtagsstelle im Sekretariat noch nicht besetzt. In der Fürsorgeabteilung sind ein Eintritt, Evelyne Ackermann, sowie vier Austritte, Evelyne Ackermann, Thomas Lachat, Jean-Rodolphe Stucki sowie Christian Jenni, zu verzeichnen. Davon konnten drei Stellen im Berichtsjahr noch nicht wiederbesetzt werden.

- Grâce à un contrat de collaboration détaillé conclu avec la Ville de Berne, il sera par ailleurs possible d'intégrer dans une large mesure l'étude sur la pauvreté prévue par la ville dans celle du canton.
- Avec le concours de 145 des 182 communes interrogées, il a pu être prélevé dans leurs registres des habitants un échantillon représentatif de la population adulte du canton de Berne de 14 039 habitants. Il en a été tiré, en collaboration avec les autorités des œuvres sociales et les administrations fiscales des communes et du canton, des échantillons représentatifs des bénéficiaires de l'aide sociale, mais aussi des contribuables aux revenus les plus modestes.
- Enfin, pour l'analyse plus approfondie de ces échantillons, on a également pu mettre au point les documents de relevé nécessaires à l'enquête, de même qu'un procédé de correction pour la correction statistique des données fiscales (afin qu'elles donnent une idée plus précise de la capacité économique).

Compte tenu de l'avancement des travaux préparatoires, l'étude devrait être achevée en 1989.

1.3 Avec l'évacuation par la police des environs de l'usine à gaz appartenant à la Ville de Berne et occupés par les «Zaffarayas», évacuation qui avait été ordonnée pour des raisons juridiques propres à la construction et à la planification, c'est le débat sur les autres modes de vie possibles au sein d'une société toujours plus réglementée qui est relancé. D'aucuns estiment qu'il devient de plus en plus difficile, pour les groupes vivant en marge de la société, d'adopter un mode de vie qui réponde aux aspirations et aux valeurs culturelles qui sont les leurs. En réponse à l'interpellation Theiler du 10 septembre 1987, le Conseil-exécutif envisage d'en tenir compte. Par arrêté du 23 mars, il a ainsi créé sur proposition de la Direction un groupe de travail au sein de l'administration, baptisé «groupes marginaux» et chargé d'élaborer un rapport sur les possibilités d'un soutien aux projets de culture et d'habitation alternatives des groupes marginaux. Il est composé de représentants des Directions des travaux publics, de l'instruction publique, de l'hygiène publique, de la justice et de la police, tout en étant placé sous la responsabilité de la Direction des œuvres sociales. Un bref rapport devrait être soumis au Conseil-exécutif au printemps 1989.

## 2. Rapport des divers services

### 2.1 Secrétariat de direction

#### 2.1.1 Personnel

Durant l'exercice, le 1<sup>er</sup> secrétaire, M. Hans Dreyer, a pris une retraite bien méritée après vingt ans d'activité au service de la Direction et de l'Etat de Berne. Qu'il en soit encore vivement remercié ici. Pour lui succéder, le Conseil-exécutif a nommé M. Rudolf Gerber, qui est entré en fonction le 1<sup>er</sup> janvier. Quant au poste de fonctionnaire scientifique du Secrétariat, il est à nouveau pourvu avec l'arrivée de M<sup>me</sup> Isabelle Delaloye; et, au sein du Service de traduction, c'est M<sup>me</sup> Isabelle Schröder qui a pris la succession de M. H. Graber. Pour l'instant reste vacant au Secrétariat un poste à mi-temps. Le Service de prévoyance sociale a vu l'entrée en fonction de M<sup>me</sup> Evelyne Ackermann et le départ de quatre personnes: M<sup>me</sup> Evelyne Ackermann, MM. Thomas Lachat, Jean-Rodolphe Stucki et Christian Jenni. Trois de ces postes sont restés vacants au cours de l'exercice.

In der der Fürsorgeabteilung angegliederten Asylkoordination mussten aufgrund der grossen Zahl von dem Kanton Bern zugewiesenen Asylbewerbern (vgl. 1 Einleitung und 2.2.4 Asylbewerber) drei Aushilfskräfte rekrutiert werden, nämlich Basda Kadir, Margrit Beer sowie Ursula Ubink. Aufgrund der ausserordentlichen temporären Vakanzen in der Abteilung konnten die Aushilfen im Rahmen der internen Stellenbewirtschaftung aufgefangen werden, was jedoch im nächsten Jahr nicht mehr möglich sein wird.

### 2.1.2 Kantonale Kommissionen

Die Kantonale Fürsorgekommission behandelte in acht Sitzungen 29 Geschäfte, welche hauptsächlich Bau- und Betriebsbeiträge zugunsten stationärer Fürsorgeeinrichtungen betrafen. Ferner nahm sie im Vernehmlassungsverfahren Stellung zur Revision des Fürsorgegesetzes sowie zur Überarbeitung der Spitalplanung. Aus der Kommission schied Oskar Zingg, Busswil, unter Verdankung der geleisteten Dienste aus.

Die Kantonale Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus trat zu drei Sitzungen zusammen. Sie nahm unter anderem Stellung zur Frage der Finanzierung von Weiterbildungsplätzen für Assistenzärzte zur Behandlung von Alkoholikern, zum Projekt Abklärungsstation Kirchlindach mit Therapeutischem Zentrum sowie zur Motion Suter betreffend Foyer für Alkohol- kranke. In Grundsatzdiskussionen wurden neue Tendenzen in der Hilfe für Alkohol- und Suchtkranke und die Bedeutung von Gesundheitsförderung bzw. Suchtprophylaxe erörtert.

Die Kantonale Drogenkommission versammelte sich zu fünf Sitzungen. Sie nahm Stellung zur Schaffung eines Krankenzimmers für Aidskranke, zur Anerkennung der Anlaufstelle und des Schulprojektes der Stiftung Contact Bern; ferner zur Anerkennung der Entzugseinrichtung Freier Fall und zu Ausbauprojekten der Wohngemeinschaft Rüdli Wimmis. Weitergeführt wurde die Grundsatzdiskussion über die Berner Drogenpolitik. Mit Dank für die geleisteten Dienste traten Roland Brigger und Hans Dauwalder, beide Bern, aus der Kommission aus. Als neues Kommissionsmitglied wählte der Regierungsrat Ulrich Luginbühl, Erlach.

Die Kantonale Kommission für Gesundheitserziehung tagte achtmal. Zu den behandelten Themen gehörten die laufenden Pilotversuche Gesundheitsförderung auf Gemeindeebene in Lyss und Steffisburg, das Projekt Gesundheitsförderung Villa Stucki Bern und die Schaffung von Grundlagen für die kantonale Gesundheitspolitik. Wichtige Diskussionspunkte waren ferner die Zusammenhänge zwischen Gesundheitsförderung und Umweltschutz sowie der Einfluss von Modellen zur Gesundheitsförderung auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung. Mit bestem Dank für die Mitarbeit wurde Hans Dauwalder, Bern, aus der Kommission verabschiedet. Neu gewählt wurde Jakob Huber, Bern.

### 2.1.3 Bekämpfung des Alkoholismus

Der Umbau des Therapie- und Rehabilitationszentrums für suchtkranke Frauen Wysshölzli Herzogenbuchsee wurde erfolgreich abgeschlossen. Im Hinblick auf die Verwendung des ehemaligen Schulheimes Aarwangen befasst sich eine Begleitgruppe mit Vertretern aus der Region mit der Planung eines Wohnheims für Alkohol- und Suchtkranke. Gleichorts plant die Landwirtschaftsdirektion ein Zentrum für umweltschonenden Landbau; die Zusammenarbeit ist sichergestellt. Bis 1992

Vu le nombre de candidats à l'asile attribué au canton de Berne (cf. 1 Introduction et 2.2.4 Demandeurs d'asile), il a fallu engager au sein du Service de coordination en matière de demandeurs d'asile dépendant du Service de prévoyance sociale trois auxiliaires: M. Basda Kadir, ainsi que M<sup>mes</sup> Margrit Beer et Ursula Ubink. En raison des vacances temporaires tout à fait exceptionnelles au sein du Service, ces auxiliaires ont pu être pris en compte dans le plan interne du personnel, ce qui toutefois ne sera plus possible l'année prochaine.

### 2.1.2 Commissions cantonales

Au cours de huit séances, la Commission cantonale des œuvres sociales a examiné 29 affaires portant essentiellement sur des subventions à la construction et à l'exploitation en faveur d'institutions sociales d'hébergement. Elle s'est également prononcée lors de la procédure de consultation sur la révision de la loi sur les œuvres sociales, ainsi que sur la mise au point de la planification hospitalière. M. Oskar Zingg, de Busswil, a quitté la Commission avec remerciements pour les services rendus.

La Commission cantonale de lutte contre l'alcoolisme a tenu trois séances. Elle a, entre autres, pris position au sujet du financement des possibilités de perfectionnement des médecins-assistants dans le traitement des alcooliques, du projet de centre d'observation pour alcooliques de Kirchlindach doté d'un centre thérapeutique, ainsi que de la motion Suter concernant le Foyer pour alcooliques. Dans ses discussions sur le fond, la Commission a pu relever les nouvelles tendances qui se dessinent dans le domaine de l'aide aux alcooliques et aux toxicomanes et souligner l'importance de la promotion de la santé et de la prévention contre les toxicomanies.

La Commission cantonale en matière de lutte contre l'abus de la drogue s'est réunie cinq fois. Elle s'est prononcée au sujet de la création d'un local pour malades du SIDA, de la reconnaissance de l'antenne et du projet scolaire de la Fondation «Contact-Bern», mais aussi de celle du centre de désintoxication «Freier Fall» et des projets d'agrandissement de la communauté d'habitation «Rüdli Wimmis». Elle a en outre poursuivi le débat de fond sur la politique bernoise de lutte contre la drogue. Ont quitté la Commission avec remerciements pour les services rendus: MM. Roland Brigger et Hans Dauwalder, tous deux de Berne. Pour les remplacer, le Conseil-exécutif a nommé M. Ulrich Luginbühl, de Cerlier.

Au cours de ses huit séances, la Commission cantonale d'éducation en matière de santé s'est penchée sur les essais-pilote «Promotion de la santé» en cours dans les communes de Lyss et de Steffisbourg, le projet «Promotion de la santé Villa Stucki, Berne» et l'élaboration des bases de la politique cantonale en matière de santé. Lors de ses discussions, elle a également examiné les relations qui existent entre la promotion de la santé et la protection de l'environnement, mais aussi l'impact des conceptions d'une telle promotion sur l'état de santé de la population. M. Hans Dauwalder, de Berne, a quitté la Commission avec remerciements pour les services rendus. M. Jakob Huber, de Berne, l'a remplacé.

### 2.1.3 Lutte contre l'alcoolisme

Les travaux de transformation du centre de thérapie et de réinsertion pour femmes alcooliques de Wysshölzli à Herzogenbuchsee ont été achevés avec succès. Dans le but d'utiliser l'ancien foyer scolaire d'Aarwangen, un groupe de travail chargé du suivi du projet s'est attelé, avec l'aide de représentants de la région, à la planification d'un foyer d'habitation pour alcooliques et toxicomanes. C'est à cet endroit-même que la Direction de l'agriculture envisage à son tour l'installation d'un



werden die Räumlichkeiten vom Krankenhaus Asyl Gottesgnad St. Niklaus Koppigen als Provisorium genutzt. Die im letzten Berichtsjahr erwähnte Abklärungsstation wurde in die Planung des Neu- und Umbaus des Sozialtherapeutischen Zentrums Kirchlindach integriert. Durch Grossratsbeschluss wurde die Finanzierung des Wohn- und Übergangsheims Eden Hilterfingen geregelt, welches dort 1989 einziehen kann. Die im Vorjahresbericht erwähnte Subventionierung des Wohnheims für alkoholgefährdete Frauen Am Schärme Bern wurde bewilligt.

#### 2.1.4 *Bekämpfung des Drogenmissbrauchs*

Ein in der Mai-Session des Vorjahres überwiesenes Postulat veranlasste den Regierungsrat, dem Bundesrat Vorschläge zur Änderung der Eidgenössischen Betäubungsmittelgesetzgebung zu unterbreiten. Der regierungsrätliche Brief löste in Fachkreisen und in der Bevölkerung grosses Echo aus. Damit ist die notwendige Diskussion über die Drogen- bzw. Suchtpolitik neu belebt worden. Die Arbeitsgruppe Aids im Drogenbereich verfasste einen Forderungskatalog, dessen Behandlung nächstes Jahr anlaufen wird. Das Projekt einer Entzugsstation für Drogenabhängige kann 1989 in Zusammenarbeit mit den bestehenden Entzugseinrichtungen der Realisierung zugeführt werden. Der Verein Freier Fall betreibt eine niederschwellige Entzugsstation, die nach Auswertung der bisherigen Leistungen als beitragsberechtigt anerkannt wurde. Der Aufgabenbereich des Contact Bern wurde durch Grossratsbeschluss mit den beiden Einrichtungen Schulprojekt und Anlaufstelle ergänzt. Die Trägerschaft der im Vorjahr geschlossenen Wohngemeinschaft Britternmatte entschied sich, eine neue Lebens- und Arbeitsgemeinschaft für jene suchtkranken Menschen zu planen, die durch alle übrigen Therapieangebote nicht aufgefangen werden können. Die diesbezüglichen Arbeiten sind im Gange.

#### 2.1.5 *Gesundheitsförderung*

Die beiden Pilotversuche Gesundheitsförderung auf Gemeindeebene in Lyss und Steffisburg wurden weiterhin finanziell unterstützt. Die laufende quantitative Auswertung wird neu mit einer qualitativen durch das Institut für Sozial- und Präventivmedizin Bern (ISPM) ergänzt. Durch einen ablehnenden politischen Entscheid in Lyss ist dort der Pilotversuch vorläufig abgebrochen worden. Finanziell unterstützt wurde das Medienpaket Fata Morgana, welches Jugendliche zur aktiven Auseinandersetzung mit der Gesundheit anregen soll. Bis Mitte 1989 verlängert wurde das Projekt Alkohol am Arbeitsplatz. Die Förderung des Nichtrauchens wurde durch finanzielle Beiträge an die Arbeitsgemeinschaft Tabakmissbrauch (AT) und die Fachstelle Nichtrauchen (BAN) unterstützt. Auch die Tätigkeit des Vereins für gesunde Arbeitsplatzverpflegung wurde einer Evaluation durch das ISPM unterzogen. Das im letztjährigen Bericht erwähnte Projekt Ausbau Mütterberatung im Kanton Bern der Stiftung Elfenau konnte im Mai für eine dreijährige Dauer gestartet werden. Die in Zusammenarbeit mit der Kommission für Gesundheitserziehung erarbeiteten Materialien zur Gesundheitserziehung/Gesundheitsförderung sind soweit bereinigt. Die Veröffentlichung ist für 1989 vorgesehen. Die Direktion beabsichtigt, der Gesundheitsförderung inskünftig im Kanton mehr Dynamik und Gewicht zu verleihen. Erhofft werden vermehrte koordinierte Aktivitäten in Gemeinden, Organisationen und der Bevölkerung.

centre d'agriculture écologique; à cet effet, la collaboration est déjà assurée. Jusqu'en 1992, on pourra utiliser comme abri provisoire les locaux du foyer pour malades chroniques «Asile Gottesgnad St. Niklaus» de Koppigen. Le centre d'observation mentionné l'an dernier dans le rapport de gestion a été intégré dans la planification des travaux de construction et de transformation du centre socio-thérapeutique de Kirchlindach. Par arrêté, le Grand Conseil a réglé la question du financement du foyer d'habitation et de passage Eden à Hilterfingen, qui pourra y emménager en 1989. Quant au foyer d'habitation pour femmes menacées d'alcoolisme «Am Schärme», il s'est vu accorder la subvention que mentionnait déjà le rapport de l'année précédente.

#### 2.1.4 *Lutte contre l'abus de la drogue*

Par suite d'un postulat déposé lors de la session de mai de l'an dernier, le Conseil-exécutif a décidé de soumettre au Conseil fédéral des propositions en vue de la modification de la législation fédérale sur les stupéfiants. Ces propositions ont eu un grand retentissement parmi les gens du métier, mais aussi dans la population, relançant par là même le débat essentiel sur la politique en matière de lutte contre la drogue ou contre les toxicomanies. Le groupe de travail «sida et drogue» a rédigé un catalogue d'exigences, qui sera traité l'année prochaine. En 1989, on pourra d'autre part se lancer, en collaboration avec les institutions existantes, dans la réalisation d'un centre de désintoxication pour toxicomanes. De son côté, l'association «Freier Fall» exploite un centre de désintoxication de conception souple qui, compte tenu des résultats obtenus, est en droit de bénéficier d'une subvention. La Fondation «Contact-Bern», elle, s'est vu attribuer par arrêté du Grand Conseil de nouvelles tâches, avec le projet scolaire et l'antenne. L'organe responsable de la communauté d'habitation Britternmatte, fermée l'an dernier, a décidé de prévoir une nouvelle communauté de vie et de travail pour les toxicomanes chez qui toute autre forme de traitement s'est avéré inefficace. Les travaux nécessaires à cette fin sont déjà en cours.

#### 2.1.5 *Promotion de la santé*

Les deux essais-pilote «Promotion de la santé au niveau communal» réalisés dans les communes de Lyss et de Steffisbourg reçoivent toujours un soutien financier. A l'appréciation quantitative en cours s'ajoute désormais une appréciation qualitative effectuée par l'Institut de médecine sociale et préventive (IMSP) de Berne. A Lyss, l'essai-pilote a été interrompu momentanément, en raison d'une décision politique prise en sa défaveur. Autre projet à bénéficier d'un soutien financier: le matériel didactique Fata Morgana, qui doit inciter les jeunes à participer activement à la promotion de la santé. Le projet «L'alcoolisme au travail» a été prolongé, quant à lui, jusqu'au milieu de l'année 1989. Pour encourager le comportement non-fumeur, l'Association suisse contre le tabagisme (AT) et la Communauté bernoise anti-tabac (BAN) ont reçu un soutien financier. L'activité de l'Association bernoise pour une alimentation saine à la place de travail a, elle aussi, fait l'objet d'une évaluation réalisée par l'IMSP. Le projet «Amélioration de l'information des mères» dans le canton de Berne, élaboré par la Fondation «Elfenau» et mentionné dans le rapport de l'année dernière, a été lancé au mois de mai et devrait durer trois ans. Le dossier sur l'éducation à la santé/promotion de la santé publique élaboré en collaboration avec la Commission cantonale d'éducation en matière de santé est prêt, sa publication étant prévue pour 1989. La Direction entend donner à présent plus d'élan et de poids à la promotion de la santé dans le

canton de Berne, dans l'espoir que les activités coordonnées entre communes, organisations et population se multiplieront.

### 2.1.6 *Abklärungs- und Entzugsstationen für Alkohol- und Drogenabhängige*

Wie schon unter Ziff. 2.1.3 vermerkt, ist die Abklärungsstation in die Planung des Neu- und Umbaus des sozialtherapeutischen Zentrums Kirchlindach integriert. Sie erfüllt dort die Funktion einer möglichst sinnvollen Zuordnung der Klienten und Klientinnen zu den differenzierten Kurangeboten und soll diese optimieren, ergänzen und verbinden helfen. Dadurch, dass auch die zuweisenden Stellen in die Arbeit der Abklärungsstation einbezogen werden, wird der Zusammenarbeit zwischen den ambulanten und stationären Diensten im Sinne eines gegenseitigen Lernprozesses mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Die Projektierung der Entzugsstation für Drogenabhängige steht, wie unter Ziff. 2.1.4 vermerkt, in der Phase der Konzeptausarbeitung. Um für entzugswillige Drogenabhängige über verschiedene, gut aufeinander abgestimmte Therapieangebote zu verfügen, muss als nächster Schritt die Koordination der bestehenden Angebote in Angriff genommen werden.

### 2.1.6 *Centres d'observation et de désintoxication pour alcooliques et toxicomanes*

Comme mentionné sous chiffre 2.1.3, le centre de désintoxication fait partie intégrante de la planification des travaux de construction et de transformation du centre socio-thérapeutique de Kirchlindach. Il a pour tâche d'orienter les toxicomanes sur les différentes cures qui s'offrent à eux, de les optimiser, de les compléter et de les combiner. En ajoutant l'orientation aux tâches du centre d'observation, on accorde une place plus importante à la collaboration entre les services ambulatoires et hospitaliers, qui ont ainsi l'occasion d'échanger leurs expériences. Comme nous l'avons dit sous chiffre 2.1.4, le centre d'observation pour toxicomanes en est actuellement au stade d'élaboration du projet. Si l'on veut pouvoir offrir aux toxicomanes désireux de guérir un large éventail de thérapies efficacement combinées entre elles, il faut s'efforcer à présent de coordonner les différentes offres.

### 2.1.7 *Rechtsabteilung*

Die administrativ der Gesundheitsdirektion zugeordnete Rechtsabteilung behandelt auch die Rechtsgeschäfte der Fürsorgedirektion; sie ist als gemeinsame Abteilung für beide Direktionen tätig. Die im Vorjahr eingeleitete Revision des Fürsorgegesetzes konnte im Berichtsjahr durch das Parlament in beiden Lesungen verabschiedet werden. Die Gesetzesänderung, die nach Ablauf der Referendumsfrist 1989 in Kraft gesetzt werden wird, sieht vor, dass wiederkehrende Betriebsbeiträge an Fürsorgeinstitutionen von der Direktion beschlossen und ausbezahlt werden; zuvor mussten derartige Betriebsbeihilfen durch einen Ausgabenbeschluss des ordentlichen finanzkompetenten Organs ausgelöst werden. Mit der neuen Kompetenzdelegation wird der Grosse Rat von jährlich etwa 70 Ausgabenbeschlüssen entlastet, bei denen ihm kaum je eine wirkliche Entscheidungsfreiheit offenstand. Daneben wurden die direktionsinternen Vorarbeiten für eine Gesamtrevision des Fürsorgegesetzes weitergeführt. Aufgrund eines im Berichtsjahr verabschiedeten Konzepts wurde die Ausarbeitung eines Revisionstextes in Angriff genommen. Im Bereich der Gesetzgebung wurde im weiteren an einem Entwurf für ein Asylgesetz gearbeitet, das insbesondere das Verfahren für die Zuweisung von Asylbewerbern, die Zuständigkeiten sowie die Finanzierung von Einrichtungen für Asylbewerber regeln soll. Erfahrungen mit der bereits im Berichtsjahr praktizierten Zuweisung von Asylsuchenden konnten und mussten laufend in der Gesetzgebungsarbeit berücksichtigt werden.

Durch eine am 27. Januar verabschiedete Änderung der Verordnung vom 18. September 1973 über die gewerbsmässige Pflege und Betreuung von Betagten und Behinderten in Heimen und Familien sollen neu auch die ausschliesslich von der Invalidenversicherung anerkannten Wohnheime und Eingliederungsstätten der Bewilligungspflicht und Aufsicht nach dieser Verordnung unterstellt werden.

Eine Änderung der Verordnung vom 29. Juli 1966 über die Förderung der Ausbildung von Sozialarbeitern wurde vom Regierungsrat am 16. Februar des Berichtsjahres beschlossen; danach sollen künftig die Gemeinden die Kosten der Supervision für die von ihnen angestellten Sozialarbeiter der Lastenverteilung unterstellen können. Bisher konnten Supervisionskosten nur für die in subventionierten Fürsorgeinstitutionen

### 2.1.7 *Service juridique*

Quoique dépendant de la Direction de l'hygiène publique, le Service juridique traite également les affaires juridiques de la Direction des œuvres sociales; c'est donc un service commun aux deux Directions. Au cours de l'exercice, le Parlement a adopté en première et en deuxième lectures la révision de la loi sur les œuvres sociales présentée l'année précédente. La modification, qui entrera en vigueur une fois le délai référendaire 1989 écoulé, prévoit que c'est la Direction qui fixe et décide du versement périodique des subventions d'exploitation octroyées aux institutions sociales, alors qu'auparavant seul l'organe détenant les compétences financières pouvait le faire. Par cette délégation de compétences, le Grand Conseil se voit déchargé chaque année de quelque 70 arrêtés de subventions d'exploitation, pour lesquels il n'a jamais vraiment bénéficié d'une grande marge de manœuvre.

Parallèlement, la Direction poursuit ses travaux en vue d'une révision totale de la loi sur les œuvres sociales. Elle s'est déjà lancée dans la rédaction du texte de la révision, sur la base d'un projet adopté au cours de l'exercice. Dans le domaine législatif, les travaux ont également porté sur un projet de loi sur l'asile, qui doit notamment fixer la procédure d'attribution des requérants, les compétences et le financement des institutions pour candidats à l'asile. Pour cela, il a fallu constamment tenir compte des expériences faites avec le mode d'attribution des demandeurs d'asile déjà en vigueur durant l'exercice.

En vertu d'une modification adoptée le 27 janvier, l'ordonnance du 18 septembre 1973 concernant les soins donnés à titre professionnel dans des foyers et des familles à des personnes âgées ou handicapées s'applique, pour ce qui est de l'autorité de surveillance et de délivrance des autorisations, désormais aussi aux foyers d'habitation et aux centres de réadaptation reconnus par l'assurance-invalidité.

Le 16 février de l'année sous rapport, le Conseil-exécutif a décidé de modifier l'ordonnance du 29 juillet 1966 sur l'encouragement de la formation de travailleurs sociaux; dorénavant, les communes devraient ainsi pouvoir soumettre à la répartition des charges les frais de supervision engagés pour les assistants et assistantes sociaux qu'elles emploient. Jusqu'alors, cela n'était possible que pour les travailleurs sociaux employés par des institutions sociales subventionnées. L'ordonnance sous sa forme modifiée opte par ailleurs

tätigen Sozialarbeiter der Lastenverteilung zugeführt werden. Die geänderte Verordnung sieht weiter eine flexiblere Lösung für die Zulassung sonstiger Fort- und Weiterbildungskosten vor. Im Bereich der von der Abteilung zu behandelnden Einzelgeschäfte sind nach wie vor zahlreiche Einsprachen und Beschwerden zu verzeichnen.

## 2.2 Fürsorgeabteilung

### 2.2.1 *Allgemeines*

Im Berichtsjahr hat der unerwartete Zustrom von Asylbewerbern zu Problemen geführt. Die Prioritäten im Arbeitsablauf wurden gezwungenermassen angepasst. Was nicht dringend war, wurde zurückgestellt, jede verfügbare Kraft musste zeitweise im Asylwesen eingesetzt werden. Das führte im Unterstützungssektor zu Rückstaus, die bis zum Jahresbeginn 1989 noch nicht ganz abgetragen werden konnten. Der zusätzliche Austritt einer Mitarbeiterin sowie dreier Mitarbeiter hat die Situation noch erschwert, da vakante Stellen auf dem gegenwärtig ausgetrockneten Stellenmarkt nur mühsam wieder besetzt werden können.

Im Zusammenhang mit EFFISTA werden die Strukturen der Abteilung gegenwärtig überprüft. Bisherige Arbeitsabläufe sind zu vereinfachen, allenfalls wegzulassen oder neu zu gestalten. Unterstützt wird dieser Vorgang mit Einführung von EDV. Welche Auswirkungen die laufende Revision des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger vom 24. Juni 1977 hat, kann im Moment noch nicht gesagt werden. Man darf aber schon jetzt annehmen, dass die Revision eine Herabsetzung der bisher gültigen heimatlichen Kostenersatzpflicht von zehn Jahren bringen wird. Im Berichtsjahr sind pro Monat 98 neue Unterstützungsanzeigen (Asylbewerber ausgenommen) eingegangen, womit sich die Zunahme im Rahmen des Vorjahres bewegte.

### 2.2.2 *Fürsorge des Staates für Kantonsbürger*

(Bundesgesetz vom 24. 6. 1977 über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger ZUG; Art. 78 Abs. 1 des Gesetzes vom 3. 12. 1961 über das Fürsorgewesen)

Trotz Wohlstand und Konsumwelt gibt es noch Armut in unserem Land. Zwar nicht die absolute Armut, wie wir sie z. B. aus den Drittweltländern kennen, aber relative Armut. Bekanntlich besteht bis heute keine gesamtschweizerische Fürsorgestatistik. Aus Erfahrung und aus Stichprobenerhebungen geht aber hervor, dass der Anteil der durch die öffentliche Hand finanziell unterstützten Personen in städtischen Agglomerationen deutlich höher ist als in ländlichen Regionen und Berggebieten. Anzunehmen ist, dass der stärkere familiäre Zusammenhalt, die ausgeprägte soziale Kontrolle, aber auch die Angst der Bedürftigen, als Sozialhilfebezüger zu Versagern oder Aussenseitern abgestempelt zu werden, den deutlich geringeren Anteil in Landregionen zum Teil erklärt. Gewisse Hilfeempfänger «flüchten» deshalb nicht zuletzt der Anonymität wegen in die Stadt. Diese Erkenntnis kann aus Sicht der Praxis bestätigt werden. Die meisten Meldungen sind aus dem Kanton Zürich eingetroffen; bei rund einem Drittel handelt es sich um Notfallanzeigen, d. h. die bedürftige Person verzeichnet keinen festen Wohnsitz, sie lebt z. B. in einer Notschlafstelle, einem Passantenheim oder möglicherweise auf der Gasse.

Zu den wichtigsten Klientengruppen der öffentlichen Fürsorge zählen: Alleinstehende und zumeist verhaltensauffällige Einzelpersonen, Suchtmittelabhängige (Alkohol, Drogen, Medikamente usw.), schwervermittelbare Arbeitslose, Familien mit kleinen und mittleren Einkommen und körperlich oder geistig

pour une solution plus souple en ce qui concerne l'admission d'autres frais de formation et de perfectionnement. Enfin, pour ce qui est des différentes affaires que le Service juridique doit traiter, il faut relever que les oppositions et les recours sont toujours aussi nombreux.

## 2.2 Service de prévoyance sociale

### 2.2.1 *Généralités*

L'afflux inattendu de demandeurs d'asile durant l'exercice n'a pas été sans poser des problèmes. En ce qui concerne le déroulement du travail, il a fallu modifier en conséquence l'ordre des priorités: on a remis à plus tard tout ce qui n'était pas urgent et mobilisé par moments toutes les forces disponibles pour se consacrer à l'asile. Il en est résulté dans le secteur de l'assistance un certain retard, qui n'avait pas encore été résorbé totalement au début de l'année 1989. Le départ d'une collaboratrice et de trois collaborateurs n'a fait qu'aggraver la situation, vu la difficulté de trouver sur un marché du travail pour le moins démuné de quoi pourvoir à ces postes vacants. On examine actuellement dans le cadre du projet EFFISTA les structures du Service de prévoyance sociale. Il y aurait lieu en l'occurrence de simplifier l'organisation du travail, voire d'en éliminer ou remanier certains éléments, à l'aide du traitement électronique des données. On ignore pour l'instant les effets qu'entraînera la révision en cours de la loi fédérale du 24 juin 1977 sur la compétence en matière d'assistance des personnes dans le besoin. Mais on peut d'ores et déjà supposer qu'elle aura pour conséquence d'abaisser la durée du domicile d'assistance fixée actuellement à dix ans pour l'obligation de rembourser les frais. Durant l'exercice, le canton de Berne a reçu 98 nouveaux avis d'assistance par mois (demandeurs d'asile non compris), ce qui marque une progression comparable à celle de l'année précédente.

### 2.2.2 *Assistance de l'Etat aux ressortissants du canton*

(Loi fédérale du 24. 6. 1977 sur la compétence en matière d'assistance des personnes dans le besoin (LFA); art. 78, 1<sup>er</sup> al., de la loi du 3. 12. 1961 sur les œuvres sociales [LOS])

A l'heure de la prospérité et de la consommation, la pauvreté continue malgré tout de sévir en Suisse, même s'il s'agit là d'une pauvreté toute relative en comparaison de celle qui frappe p. ex. les pays du tiers-monde. Pour l'instant, il n'existe – c'est bien connu – aucune statistique sur l'assistance fournie dans l'ensemble du pays. Or on sait, par expérience et par sondage, que le nombre des personnes assistées par l'Etat est sensiblement plus élevé dans les villes qu'à la campagne et dans les régions montagneuses, sans doute parce que dans ces régions reculées les liens familiaux sont plus étroits, que le contrôle social y est plus prononcé et que les personnes dans le besoin craignent d'y passer pour des ratés ou des marginaux s'ils bénéficient de l'assistance. Pour garder l'anonymat, certains d'entre eux vont même jusqu'à «fuir» leurs terres pour se réfugier en ville: un fait qui se vérifie dans la pratique. C'est dans le canton de Zurich que se recrute le plus grand nombre de cas d'assistance, dont près du tiers constitue des cas d'urgence, c'est-à-dire qu'ils vivent sans domicile fixe, par exemple dans des «sleep-in», des foyers de passage ou même dans la rue.

Parmi les bénéficiaires de l'aide sociale, on trouve surtout des personnes vivant seul, qui se distinguent généralement par leur comportement, des personnes intoxiquées (notamment par l'usage de l'alcool, des drogues ou des médicaments), des chômeurs qui ont du mal à retrouver du travail, des familles de

Behinderte, deren Sozialversicherungsbezüge für den Lebensbedarf nicht ausreichen. Allgemein sind die Probleme der Hilfeempfänger oft sehr komplex und für die mit der Betreuung betrauten Personen nicht immer leicht durchschaubar. Die Zusammenarbeit im interkantonalen Verkehr darf man als gut bezeichnen.

#### 2.2.2.1 Heimkehrer

(Bundesgesetz vom 21.3.1973 über Fürsorgeleistungen an Auslandschweizer; Art. 77 des Gesetzes vom 3.12.1961 über das Fürsorgewesen)

Aus dem Ausland sind im Berichtsjahr folgende bernische Kantonsbürger in den Heimatkanton zurückgekehrt:

Einzelpersonen	14
Ehepaare	1
Kinder	1
Total	17

Im Berichtsjahr gab es vermehrt heimkehrende Personen, die aufgrund ihres Gesundheitszustandes oder einer Suchtmittelabhängigkeit in einem Heim oder einer Klinik untergebracht werden mussten. Es verursacht immer recht viel Arbeit, bis eine solche Rückkehr in allen Einzelheiten abgeschlossen ist. Verschiedene dieser Heimkehrer sind über längere Zeit zu begleiten und zu betreuen, da einerseits die fürsorgerechtliche Zuständigkeit beim Staat liegt und andererseits eine möglichst gute Wiedereingliederung angestrebt wird.

#### 2.2.2.2 Berner im Ausland

(Bundesgesetz vom 21.3.1973 über Fürsorgeleistungen an Auslandschweizer: Art. 78 Abs. 3 des Gesetzes vom 3.12.1961 über das Fürsorgewesen)

Berner, die sich im Ausland aufhalten, können nur in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich zulasten des Heimatkantons unterstützt werden (Fürsorgeabkommen auf Gegenseitigkeit). Im Berichtsjahr sind gemäss diesen Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland 65 Fälle – Bruttobetrag 720 516 Franken – und mit Frankreich 25 Fälle – Bruttobetrag 200 996 Franken – geführt worden. Die Zusammenarbeit ist gut; die Unterstützungsfälle lassen sich im grossen und ganzen problemlos abwickeln.

#### 2.2.3 Fürsorge des Staates für Kantonsfremde

(Art. 74 Abs. 2 des Gesetzes vom 3.12.1961 über das Fürsorgewesen)

Die Aufwendungen für Ausländer ohne Wohnsitz in der Schweiz haben sich im Vergleich zum Vorjahr erneut verringert. Sie betragen für 12 Personen 58 545.20 Franken. Im Vorjahr beliefen sich die Nettoaufwendungen für 24 Personen auf 73 459.55 Franken.

#### 2.2.4 Asylbewerber

(Art. 19 Abs. 1 und Art. 20 des Asylgesetzes vom 5.10.1979)

Im Berichtsjahr erhielt der Kanton Bern 2007 neue Asylbewerber zugewiesen. Damit hat sich die Anzahl der neuankommenden Gesuchsteller für den Kanton Bern im Vergleich zur Statistik der vergangenen Jahre um ein Mehrfaches erhöht.

condition modeste et des handicapés physiques ou mentaux qui ne peuvent vivre des seules prestations de la sécurité sociale. Les problèmes qu'ils rencontrent sont souvent très complexes et par là même difficiles à cerner pour ceux qui sont chargés de les aider. A cet égard, la collaboration entre cantons peut être qualifiée de bonne.

#### 2.2.2.1 Bernois revenus dans leur canton

(Loi fédérale du 21.3.1973 sur l'assistance des Suisses de l'étranger; art. 77 de la loi du 3.12.1961 sur les œuvres sociales)

Les Bernois revenus de l'étranger au cours de l'exercice pour s'installer dans leur canton d'origine se répartissent comme suit:

Personnes seules	14
Couples	1
Enfants	1
Total	17

Durant l'exercice, le nombre de ressortissants bernois qui ont dû être placés après leur retour dans un foyer ou une clinique en raison de leur état de santé ou de leur toxicomanie s'est accru. Organiser le retour de ces personnes dans ses moindres détails demande chaque fois beaucoup de travail. Car il faut bien souvent suivre et prendre en charge plus longuement ces ressortissants, d'une part parce que l'aide sociale relève de la compétence du canton et de l'autre parce qu'il doivent pouvoir se réintégrer le mieux possible.

#### 2.2.2.2 Bernois à l'étranger

(Loi fédérale du 21.3.1973 sur l'assistance des Suisses à l'étranger; art. 78, 3<sup>e</sup> al., de la loi du 3.12.1961 sur les œuvres sociales)

Le canton d'origine peut seulement assister les ressortissants bernois qui séjournent en République fédérale d'Allemagne ou en France (conventions bilatérales d'assistance). Au cours de l'exercice, 65 cas – pour un montant brut de 720 516 francs – ont été annoncés sur la base de la convention avec la RFA, et 25 cas – pour un montant brut de 200 996 francs – selon la convention avec la France. La collaboration peut être qualifiée de bonne, les cas d'assistance se déroulant dans l'ensemble sans problèmes.

#### 2.2.3 Assistance de l'Etat aux ressortissants non bernois

(art. 74, 2<sup>e</sup> al., de la loi du 3.12.1961 sur les œuvres sociales)

Par rapport à l'année précédente, les dépenses pour des étrangers sans domicile en Suisse ont encore diminué; elles se montent à 58 545 francs 20 pour 12 personnes. En 1987, les dépenses pour 24 personnes s'élevaient encore à 73 459 francs 55.

#### 2.2.4 Demandeurs d'asile

(Art. 19, 1<sup>er</sup> al., et art. 20 de la loi du 5.10.1979 sur l'asile)

Durant l'exercice, le canton de Berne s'est vu attribuer 2007 nouveaux demandeurs d'asile. Par rapport à l'année précédente, le nombre des requérants nouvellement arrivés dans le canton de Berne a ainsi doublé.



Zur Bewältigung der administrativen Aufnahmeformalitäten reichten die Strukturen im kantonalen Erstaufnahmezentrum nicht aus. Es wurde zwar angenommen, dass mit der Revision des Asylgesetzes der Anteil von Asylbewerbern im Kanton Bern ansteigen wird, mit einem derartigen Ausmass wurde jedoch nicht gerechnet. Bedingt durch die saisonalen Schwankungen der Gesuchseingänge hat sich die Situation vor allem ab August stark zugespitzt. Es entstanden Engpässe bei der Unterbringung. Die Aufnahme und Weiterverteilung der neuen Gesuchsteller wurde durch die hohe Zahl der täglichen Neuzuwisungen erheblich erschwert. Insbesondere bei den Erstaufnahmen musste bald einmal auf provisorische Unterkünfte wie Zivilschutzanlagen, Hotels, Gasthöfe und Privatunterkünfte ausgewichen werden. Betroffen von dieser ausserordentlichen Situation wurde auch die räumliche und personelle Kapazität der kantonalen Koordinationsstelle für das Asylwesen. Der Personalbestand, welcher Mitte des Berichtsjahres noch drei Personen zählte, musste erhöht werden. Für die behelfsmässige Triagestelle konnten vorläufig Räumlichkeiten am Münsterplatz 3 bezogen werden. Es muss aufgrund der grossen Wanderungsbewegungen damit gerechnet werden, dass die Zahl der Asylgesuche weiterhin noch zunehmen wird. Das vom bernischen Regierungsrat am 13. Januar des Berichtsjahres genehmigte Drei-Stufen-Konzept zur Verteilung neuankommender Asylbewerber auf die Gemeinden des Kantons Bern bewährt sich gut. Aufgrund dieses Beschlusses konnte den Gemeinden, gemäss dem Verteilschlüssel 0,7 Prozent im Verhältnis zur Wohnbevölkerung, eine grosse Anzahl Asylbewerber zugeteilt werden. Dank diesem Vorgehen war es möglich, die Städte teilweise zu entlasten und allen Asylbewerbern eine Unterkunft zuzuweisen. Zurzeit wird in Zusammenarbeit mit den Landeskirchen an einem regionalen Betreuungskonzept gearbeitet.

L'infrastructure du Centre cantonal de premier accueil s'est par là même révélée insuffisante pour venir à bout des formalités administratives d'accueil. Si l'on pouvait prévoir que la révision de la loi sur l'asile entraînerait une augmentation du nombre de nouveaux candidats dans le canton de Berne, on ne s'attendait toutefois pas à ce qu'elle prenne de telles proportions. Compte tenu des fluctuations saisonnières des demandes d'asile, la situation est devenue délicate surtout à partir du mois d'août. On s'est ainsi heurté à de graves problèmes d'hébergement, le nombre élevé des attributions nouvelles faites chaque jour perturbant considérablement l'accueil et la répartition des nouveaux requérants d'asile. Pour ce qui est du premier accueil surtout, il a fallu provisoirement héberger des requérants d'asile dans des abris de la protection civile, des hôtels, des auberges ou même chez des privés. Face à cette situation extraordinaire, le Service cantonal de coordination en matière de demandeurs d'asile a lui aussi manqué de place et de personnel. Il a fallu en conséquence augmenter les effectifs, qui ne comprenaient jusqu'au milieu de l'année sous rapport que trois personnes. Quant au Centre de tri, il a pu s'installer provisoirement dans des locaux situés à la Münsterplatz 3. Vu les grands mouvements migratoires, il faut s'attendre à ce que le nombre de demandes d'asile s'accroisse encore.

Le programme en trois phases arrêté le 13 janvier en vue de la répartition, dans les communes du canton de Berne, des requérants d'asile nouvellement arrivés a fait ses preuves. En vertu de cet arrêté, nombre de requérants d'asile ont pu être confiés aux communes, selon une clé de répartition de 0,7 pour cent de la population résidente. Ce faisant, on a pu décharger en partie les villes et assurer l'hébergement de tous les demandeurs d'asile. Un projet de prise en charge est par ailleurs en train d'être élaboré en collaboration avec les Eglises nationales.

Tabelle 1 – Unterstützungsausgaben des Staates

Wohnort der Unterstützten	Fälle Cas	Personen Personnes	Total Fr.
a) Berner in andern Kantonen			
Zürich	839	1 139	
Luzern	102	155	
Uri	–	–	
Schwyz	18	22	
Obwalden	3	6	
Nidwalden	4	10	
Glarus	3	8	
Zug	8	15	
Freiburg	34	52	
Solothurn	132	223	
Basel-Stadt	259	335	
Basel-Land	134	234	
Schaffhausen	31	46	
Appenzell AR	17	29	
Appenzell IR	3	7	
St. Gallen	81	145	
Graubünden	16	20	
Aargau	107	175	
Thurgau	48	85	
Tessin	20	32	
Vaadt	114	149	
Wallis	26	42	
Neuenburg	140	186	
Genf	135	190	
Jura	12	14	
<b>Total</b>	<b>2 286</b>	<b>3 319</b>	

Tableau 1 – Dépenses d'assistance de l'Etat

Anteil des Wohnkantons Quote-part du canton de domicile Fr.	Ausgaben Dépenses Fr.	Einnahmen Recettes Fr.	Domicile des assistés
(Bei Bernern in andern Kantonen nur heimatliche Anteile) (Pour Bernois dans d'autres cantons, seulement quotes- parts d'origine)			
	1 988 168	732 576	a) Bernois dans d'autres cantons
	483 031	158 329	Zurich
	–	–	Lucerne
	128 617	12 512	Uri
	5 408	3 201	Schwyz
	13 548	–	Obwald
	78 500	60 174	Nidwald
	29 278	6 299	Glarus
	131 143	85 678	Zoug
	454 983	147 360	Fribourg
	1 485 168	581 216	Soleure
	777 180	119 052	Bâle-Ville
	115 144	14 665	Bâle-Campagne
	68 635	23 261	Schaffhouse
	10 600	2 800	Appenzell Rh.-Ext.
	397 553	107 812	Appenzell Rh.-Int.
	95 997	26 650	Saint-Gall
	594 701	222 990	Grisons
	195 280	67 791	Argovie
	69 301	3 880	Thurgovie
	447 295	300 672	Tessin
	132 817	21 888	Vaud
	380 932	210 311	Valais
	711 030	258 704	Neuchâtel
	64 831	6 965	Genève
			Jura
<b>Total</b>	<b>8 859 140</b>	<b>3 174 786</b>	<b>Total</b>



b) Berner im Ausland					b) Bernois à l'étranger
Deutschland	65	78	720 516	63 192	Allemagne
Frankreich	25	28	200 996	61 531	France
Total	90	106	921 512	124 723	Total
c) «Heimkehrer»	65	78	1 384 694	1 233 394	c) Bernois revenus dans leur canton
d) Zusammenzug					d) Récapitulation
Berner in andern Kantonen	2 286	3 319	8 859 140	3 174 786	Bernois dans d'autres cantons
Berner im Ausland	90	106	921 512	124 723	Bernois à l'étranger
«Heimkehrer»	65	78	1 384 694	1 233 394	Bernois revenus dans leur canton
Total	2 441	3 503	11 165 346	4 532 903	Total
e) Aufgliederung der Einnahmen					e) Répartition des recettes
Unterhalts- und Verwandtenbeiträge			739 725		Aliments et contributions familiales
Rückerstattungen der Unterstützten und ihrer Erben			662 487		Restitutions par des assistés et leurs héritiers
Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten, Ergänzungsleistungen			2 272 928		Rentes de vieillesse, de survivants et d'invalides, prestations complémentaires
Andere Einnahmen (Schulungskostenbeiträge, Stipendien, Vergütungen pflichtiger Gemeinden)			857 763	102 297 <sup>1</sup>	Autres recettes (contributions aux frais de formation scolaire, bourses, remboursements de communes tenues à l'assistance)
Total Einnahmen				4 635 200	Total des recettes
f) Kantonsfremde	12	12	58 545	–	Etrangers au canton
Total	2 453	3 515	11 223 891	4 635 200	Total
Reinausgaben			6 588 691		Dépenses nettes

<sup>1</sup> Vergütungen pflichtiger Gemeinden<sup>1</sup> Remboursements des communes tenues à l'assistance

## g) Vergleiche

## g) Comparaison

	Fälle Cas	Rohausgaben Dépenses brutes Fr.	Einnahmen Recettes Fr.	Reinausgaben Dépenses nettes Fr.
1988	2 453	11 223 891	4 635 200	6 588 691
1987	2 221	11 112 659	4 415 738	6 696 921
1986	2 386	10 994 986	4 023 679	6 971 307
1985	2 429	11 175 817	3 983 893	7 191 924
1984	2 434	10 483 242	3 740 549	6 742 693
1983	2 320	8 809 434	3 468 685	5 340 749
1982	2 187	7 634 731	3 419 152	4 215 579
1981	2 209	6 670 602	3 840 645	2 829 957
1980	2 924	7 569 049	4 213 551	3 355 498
1979	5 259	12 029 686	6 840 946	5 188 740
1978	5 899	17 713 910	9 924 299	7 789 611
1977	5 614	17 996 002	10 133 633	7 862 369
1976	5 455	17 435 410	10 174 709	7 260 701
1975	5 143	15 328 923	10 001 354	5 327 569
1974	5 286	13 516 179	9 538 883	3 977 296
1973	5 534	13 750 061	9 190 265	4 559 796
1972	5 916	11 666 717	7 355 166	4 311 551
1971	6 021	11 381 763	7 338 685	4 043 078
1970	6 234	11 096 669	6 753 076	4 343 593
1965	8 428	11 616 854	4 640 053	6 976 801
1960	10 003	10 795 341	3 120 969	7 674 372
1955	10 688	9 497 538	1 825 750	7 671 788
1950	11 791	8 655 288	1 344 293	7 310 995
1945	11 948	7 203 973	2 139 542	5 064 431

## 2.3 Fürsorgeinspektorat und Abteilung Planung, Bau und Betrieb

## 2.3 Inspection des œuvres sociales; Service de planification, de construction et d'exploitation

### 2.3.1 Aufsichts- und Beratertätigkeit

### 2.3.1 Activité d'inspection et d'information

Die Gruppe Sozialberatung des Fürsorgeinspektorates hat insgesamt 50 Gemeindefürsorgebehörden an 30 Sitzungen beraten. Dabei wurden vor allem neue Kreisfürsorgeinspektorinnen

Le groupe de consultation sociale a fourni à 50 autorités d'assistance communales 30 consultations, l'essentiel du travail ayant consisté à mettre les nouveaux inspecteurs d'arrondis-

und -inspektoren in ihre Tätigkeit bei den Gemeinden ihres Kreises eingeführt. Ein weiteres Ziel der Beratungen war die Orientierung neugewählter Behördemitglieder über das bernische Fürsorgewesen oder die Besprechung spezieller Fürsorgefälle.

Die Inspektions- und Beratertätigkeit wurde im Berichtsjahr erstmals systematischer auf die öffentlichen Alters- und Pflegeheime des Typs D und CP ausgedehnt. Es konnten 40 der zurzeit vorhandenen 115 Institutionen besucht werden. Wo nötig wurden besondere Problembereiche besprochen und den Heimverantwortlichen Verbesserungsvorschläge unterbreitet. Diese wichtige Tätigkeit soll weitergeführt werden.

Bei den gewerbsmässig betriebenen Alters- und Pflegeheimen war der Zuwachs mit 13 neuen Betrieben besonders hoch. Ende des Berichtsjahres verfügten 78 Institutionen über die kantonale Betriebsbewilligung.

Ein weiterer Schwerpunkt lag im ambulanten Bereich. SPITEX-Fragen, die jeweils im SPITEX-Ausschuss behandelt werden (vgl. Ziff. 3.2.3.5 Ambulante Betagtenhilfe), waren während des ganzen Jahres aktuell.

### 2.3.2 Kreisfürsorgeinspektorinnen und -inspektoren

Bern, Biel, Goldbach, Interlaken, Konolfingen, Lyss, Herzogenbuchsee, Neuenegg und Seftigen waren diesmal die Stationen der wiederum dezentral durchgeführten und gut besuchten Jahreskonferenzen. Es wurde über aktuelle Fürsorgefragen orientiert und anschliessend die Aufgaben und Tätigkeiten der Kreisfürsorgeinspektorinnen und -inspektoren eingehend diskutiert. Thema der Jahresberichterstattung war eine Umfrage bei den Gemeinden über ihre Unterstützungspraxis, die Anwendung des Zuschuss-Dekrets und die Gewährung der notwendigen Betreuung und Beratung an Fürsorgeklienten.

### 2.3.3 Staatliche und private Schulheime

#### 2.3.3.1 Allgemeines

Im Berichtsjahr wurden für 1605 Kinder Schulungsbeiträge ausgerichtet (Vorjahr 1456 Kinder) sowie Staatsbeiträge für 1316 Kinder (Vorjahr 1245 Kinder). Umfragen in anderen Kantonen ergaben in allen Bereichen eine erhöhte Nachfrage, ebenso eine Tendenz, auch jüngere Kinder in ein gut geführtes Heim zu plazieren. Ferner waren Plätze für Jugendliche in Lehrlingsheimen und -gruppen gesucht, um den Gefahren von Drogen und Alkohol vorbeugen zu können. Die vermehrten Anmeldungen hatten einerseits zur Folge, dass während des Schuljahres kaum mehr Notplazierungen möglich waren. Andererseits reicht das Angebot an ambulanten Therapie- und Betreuungsmöglichkeiten nicht aus, die Probleme erziehungsschwächerer Kinder und Jugendlicher aufzufangen. Insbesondere ist die personelle Dotierung der kantonalen Erziehungsberatungsstellen ungenügend. Auch die ambulante Familientherapie stösst oft an Grenzen, weshalb Versorger dann einer Platzierung im Heim mit relativem Konstanz im Beziehungsnetz den Vorzug geben. Die auch in anderen Bereichen bekannten Pendelbewegungen laufen zurzeit wieder zugunsten der Heime. Insgesamt 55 Besuche, in der Regel mindestens halbtägige, galten diesen Institutionen.

sement des œuvres sociales au courant de leur activité auprès des communes dont ils ont la charge. Ces consultations ont également eu pour objectif d'informer les fonctionnaires nouvellement nommés sur l'aide sociale dans le canton de Berne ou de traiter des cas concrets d'assistance.

Au cours de l'exercice, l'activité d'inspection et d'information a pour la première fois été étendue de façon systématique aux foyers publics des types D (foyers pour personnes âgées) et CP (foyers régionaux médicalisés). 40 des 115 institutions existantes ont pu être visitées. On y aborda, le cas échéant, les problèmes rencontrés et soumit aux responsables des institutions des propositions en vue de leur solution. Cette activité essentielle sera poursuivie.

Pour ce qui est des foyers pour personnes âgées et des foyers médicalisés exploités à titre professionnel, leur nombre s'est considérablement accru, avec 13 nouveaux établissements.

Enfin, l'accent a aussi été mis sur le domaine ambulatoire: tout au long de l'année, en effet, les questions relatives aux SPITEX, qui sont traitées par le comité SPITEX (cf. ch. 3.2.3.5 Aide ambulatoire au 3<sup>e</sup> âge), sont restées d'actualité.

### 2.3.2 Inspectrices et inspecteurs d'arrondissement des œuvres sociales

Les conférences annuelles, une nouvelle fois décentralisées et fortement fréquentées, ont eu lieu à Berne, Bienne, Goldbach, Interlaken, Konolfingen, Lyss, Herzogenbuchsee, Neuenegg et Seftigen. Il y fut question des problèmes actuels d'assistance, puis en détail des tâches et des activités des inspectrices et inspecteurs d'arrondissement des œuvres sociales. Quant au rapport obligatoire de 1988, il eut pour objet l'enquête réalisée auprès des communes pour connaître leur pratique en matière d'assistance, l'application du décret concernant les allocations spéciales en faveur des personnes de condition modeste et l'offre de prise en charge et de conseils apportée aux personnes qui en ont besoin.

### 2.3.3 Foyers scolaires cantonaux et privés

#### 2.3.3.1 Généralités

Au cours de l'exercice, la contribution aux frais d'instruction a été accordée à 1605 enfants (contre 1456 l'année d'avant), tandis que la contribution de l'Etat a été versée dans 1316 cas (contre 1245 l'année précédente). D'enquêtes menées dans d'autres cantons, il ressort que la demande a augmenté dans tous les domaines, mais aussi qu'une tendance à placer des enfants plus jeunes dans des foyers biens gérés se dessine. On cherche d'autre part des places pour adolescents dans des foyers ou groupements d'apprentis, afin de les préserver des dangers de la drogue et de l'alcool. Vu le nombre accru d'annonces, il fut à peine possible d'envisager durant l'année scolaire des placements d'urgence. D'un autre côté, l'offre de traitement et de prise en charge ambulatoires ne permet pas de répondre au besoin des enfants et adolescents «difficiles». Ce sont à cet égard surtout les offices d'orientation en matière d'éducation qui manquent de personnel. Mais le traitement ambulatoire dans les familles atteint, lui aussi, souvent ses limites, de sorte que les responsables du placement lui préférèrent le placement dans un foyer, qui offre une plus grande stabilité sur le plan relationnel. Dans les autres domaines également, la balance penche actuellement du côté des foyers, qui se sont vu accorder au total 55 visites, à raison d'une demi-journée au moins.

## 2.3.3.2 Staatliche Schulheime

Die im Sommer des Berichtsjahres aufgrund des am 6. Dezember 1987 vom Volk bewilligten Um- und Neubaus der Viktoria-Stiftung in Richigen begonnenen Arbeiten gingen zügig voran. Auch die Bauarbeiten in der Sprachheilschule Münchenbuchsee verliefen im grossen und ganzen planmässig. Ende April des Berichtsjahres erteilte der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 1867 der Baudirektion den Auftrag, die Projektierung für einen Umbau und die Sanierung des Schulheimes Landorf in Köniz vorzunehmen. Da die Landwirtschaft ein wesentlicher Bestandteil des neuen Heimkonzeptes ist, wurde gleichzeitig die Liegenschaftsverwaltung beauftragt, dem Heim die dafür notwendigen Landparzellen weiterhin zur Verfügung zu stellen. 1989 wird der Grosse Rat über den Projektierungskredit entscheiden.

Im Berichtsjahr bereitete die Rekrutierung von ausgebildeten Erziehern erhebliche Sorgen. Es ist zu hoffen, dass die angestrebte Neukonzeption der Erzieherausbildung sich positiv auswirken wird.

## 2.3.3.3 Vom Staat subventionierte Heime und Sonderschulen

Hauptproblem dieser Gruppe war ebenfalls die Personalrekrutierung zur Betreuung der Kinder und Jugendlichen. In Tavannes konnte das Centre de pédagogie curative du Jura bernois (CPCJB) seinen Betrieb aufnehmen. Damit steht auch französischsprachigen geistig und mehrfachbehinderten Kindern eine nach modernen Methoden geführte Schule zur Verfügung, wobei sowohl externe Schulung wie auch freundliche Internatsplätze angeboten werden.

2.3.4 *Anlehr- und geschützte Werkstätten sowie Wohnheime für Behinderte*

Wie im Vorjahr verfügt der Kanton, trotz grosser Anstrengungen, noch nicht über genügend Plätze im Werkstatt- und Wohnheimbereich für Geistigbehinderte. Vom neuen Wohnheim des Regionalen Arbeitszentrums in Herzogenbuchsee und vom bald umgebauten Wohnheim mit Werkstatt in Brütten wird eine Entspannung der Situation erhofft. Weitere Anstrengungen der privaten Trägerschaften, des Kantons und der Invalidenversicherung sind aber unbedingt nötig, da viele bei betagten und dann selber behinderten Eltern wohnende Behinderte auf Wohnheimplätze angewiesen sind. Für das bernische Laufental ist geplant, dass sich der Kanton am Neubau einer Werkstätte für Behinderte in Breitenbach, Kanton Solothurn, beteiligen wird. Die entsprechende Vorlage wird im kommenden Jahr dem Grossen Rat unterbreitet. Die Auftragslage in den bestehenden Werkstätten darf generell als gut bezeichnet werden. Aber auch hier gehören Personalprobleme zur täglichen Sorge der Institutsleiter. Es fanden rege Kontakte zwischen Verwaltung und Institutionen statt, was sich nebst schriftlichen und telefonischen Beziehungen in 52 persönlichen Besuchen äusserte.

2.3.5 *Ambulante Betagtenhilfe*

Der im Vorjahr gebildete SPITEX-Ausschuss unter dem Vorsitz des Direktionssekretärs besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Abteilungen der Fürsorge- und Ge-

## 2.3.3.2 Foyers scolaires de l'Etat

Les travaux de transformation et de construction de la Fondation «Viktoria» à Richigen, commencés durant l'été de l'année sous rapport après leur approbation par le peuple le 6 décembre 1987, ont bien avancé. Quant aux travaux de l'Ecole de logopédie de Münchenbuchsee, ils se sont, eux aussi, déroulés dans l'ensemble comme prévu. A la fin avril de l'année sous rapport, le Conseil-exécutif a chargé, par l'arrêté N° 1867, la Direction des travaux publics d'élaborer un projet pour la transformation et la rénovation du foyer scolaire de Landorf à Köniz. Comme l'agriculture forme une composante essentielle du nouveau projet de foyer, l'Administration des domaines s'est vu charger dans le même temps de mettre, comme auparavant, à la disposition du foyer les parcelles de terrain nécessaires. Le Grand Conseil se prononcera sur le crédit d'élaboration en 1989.

Durant l'exercice, le recrutement d'éducateurs qualifiés a soulevé des problèmes considérables. Reste à espérer dès lors que l'adaptation demandée de la formation d'éducateur contribuera à les résoudre.

## 2.3.3.3 Foyers et écoles spécialisées subventionnés par l'Etat

Là aussi, c'est le recrutement du personnel chargé de l'encadrement des enfants et des adolescents qui pose avant tout problème. A Tavannes, le Centre de pédagogie curative du Jura bernois (CPCJB) a pu entamer son activité. Les enfants francophones, handicapés mentaux ou plurihandicapés, disposent ainsi d'une école dirigée selon des méthodes modernes, qui offre aussi bien un enseignement en externat que d'accueillantes places d'internat.

2.3.4 *Ateliers protégés et de préformation et foyers/appartements pour handicapés*

Malgré les efforts accomplis en la matière, le canton manque, comme l'année dernière, toujours de places d'atelier et de foyer d'habitation pour les handicapés mentaux. On espère toutefois que le nouveau foyer d'habitation du Centre de travail régional à Herzogenbuchsee et le foyer d'habitation avec atelier en cours de transformation à Brütten contribueront à débloquer la situation. Il n'empêche que les institutions privées, les autorités cantonales et l'assurance-invalidité se doivent de redoubler d'efforts, car nombreux sont les handicapés vivant chez leurs parents âgées, puis souvent handicapés à leur tour, qui sont tributaires de places de foyers d'habitation. Dans le Laufonnais bernois, il est prévu que le canton participe à la construction d'un nouvel atelier pour handicapés à Breitenbach, dans le canton de Soleure. Le rapport correspondant sera soumis au Grand Conseil dans le courant de l'année prochaine. Enfin, si leurs carnets de commande sont en général bien remplis, les ateliers existants connaissent, eux aussi, des problèmes de personnel. De nombreux contacts ont eu lieu entre l'administration et les institutions, que ce soit par écrit, par téléphone ou encore par des visites personnelles, qui furent au nombre de 52.

2.3.5 *Aide ambulatoire au 3<sup>e</sup> âge*

Le comité SPITEX formé l'année précédente et présidé par le secrétaire de direction regroupe des représentants des différents services concernés des Directions des œuvres sociales

sundheitsdirektion. Er diskutiert Grundsatzfragen, begleitet laufende Projekte und berät die jeweils federführende Fachabteilung.

Nach langen mit Vertretern der Krankenkassen geführten Verhandlungen trat auf Januar des Berichtsjahres die verbesserte Regelung über die Rückerstattungen der Krankenkassen an ihre zu Hause gepflegten Versicherten in Kraft. Nachdem der Kanton Bern als erster bereits seit 1983 die generelle Rückerstattung der Behandlungspflegekosten im SPITEX-Bereich kennt (abzüglich 10% Selbstbehalt), werden neu 50 Prozent der Grundpflegekosten für höchstens eineinhalb Stunden pro Tag rückerstattet. Dies trägt dazu bei, die finanzielle Benachteiligung der SPITEX-Patienten zu vermindern.

Die Vorbereitungsarbeiten zur Schaffung einer SPITEX-Broschüre für eine breite Öffentlichkeit wurden fortgesetzt. Die Broschüre soll im ersten Halbjahr 1989 herausgegeben werden. In Ergänzung der bestehenden SPITEX-Dokumentation wurde erstmals ein vollständiges Verzeichnis über alle vorhandenen Hauspflege- und Haushilfe-Organisationen zusammengestellt.

Mit besonderem Interesse wurde die von der Kantonalen Ärztesgesellschaft patronierte SPITEX-Studie Langetental (Oberaargau) begleitet. Nächster Schritt ist die detaillierte Auswertung dieser Untersuchung. Eine Nachfolgestudie ist für die Region Huttwil im Gange.

Der SPITEX-Ausschuss befasste sich ferner mit verschiedenen parlamentarischen Vorstößen betreffend den ambulanten Bereich.

### 2.3.6 *Neue Alterspolitik*

Im Berichtsjahr wurden die Teile der Neuen Alterspolitik fertiggestellt, die Bestandteil der Spitalplanung sind. Sie wurden mit der Spitalplanung in die Vernehmlassung gegeben und stellten in den Antworten einen Schwerpunkt dar. Sie werden nun aufgrund der Vernehmlassung überarbeitet.

Die Teile der Neuen Alterspolitik, die sich auf die Fürsorgegesetzgebung stützen, konnten im Berichtsjahr weiter bearbeitet werden und stehen vor dem Abschluss.

### 2.3.7 *Berufsbildung*

#### 2.3.7.1 *Neukonzept sozialpädagogischer Ausbildungen*

Aufgrund der Vereinbarungen zwischen dem Kanton und der Einwohnergemeinde Bern besorgt die Gemeinde Bern und damit die Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule Bern (BFF Bern) im Auftrag des Kantons die Ausbildung von Heimerziehern und Heimerzieherinnen, Lehrern und Lehrerinnen für Geistigbehinderte und von Kleinkinderziehern und Kleinkinderzieherinnen.

Im Frühjahr des Berichtsjahres hat die Schuldirektion der Stadt Bern der Direktion einen Antrag der BFF Bern zur Ausarbeitung des Projektes «Neukonzeption der Ausbildungen für das Personal in sozialpädagogischen und soziokulturellen Berufsfeldern» eingereicht, in welchem die Notwendigkeit einer zukunftsweisenden Ausbildungsplanung im sozialpädagogischen Bereich dargelegt worden ist.

Die in der Neukonzeption anvisierten Zielsetzungen tragen den grundsätzlichen Anliegen der Schulplanung des Kantons Bern von 1987 Rechnung. Die kantonale Fürsorgedirektion hat deshalb der Finanzierung des Projektes zugestimmt; die Arbeiten am Grobkonzept sind eingeleitet worden. Eine Gruppe, in wel-

et de l'hygiène publique. Il discute les questions de fond, assure le suivi des projets en cours et conseille le service spécialisé qui en est responsable.

Au terme de longues négociations menées avec les représentants des caisses-maladie, la réglementation améliorée sur les remboursements des caisses-maladie pour les soins à domicile est entrée en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier. Premier canton à participer, depuis 1983, aux frais de traitement à raison de 100 pour cent du tarif officiel (moins 10% de franchise), Berne rembourse désormais aussi, à raison de 50 pour cent du tarif officiel, les soins de base nécessitant jusqu'à une heure et demie par jour. Ce faisant, il contribue à réduire le handicap financier des patients SPITEX.

Les travaux préparatoires de rédaction d'un guide SPITEX destiné au grand public se sont poursuivis. La brochure devrait paraître au cours du premier semestre de 1989. En complément de la documentation SPITEX disponible, on a pour la première fois dressé une liste complète de toutes les organisations d'aide familiale et d'aide ménagère existantes.

L'étude SPITEX Langetental (Haute-Argovie), patronnée par la Société des médecins du canton de Berne, a été suivie avec grand intérêt. La prochaine étape consistera dans l'évaluation détaillée de cette analyse. Une étude analogue est en cours dans la région de Huttwil.

Le comité SPITEX a également suivi les différentes impulsions données par le Parlement au domaine ambulatoire.

### 2.3.6 *Nouvelle politique en faveur du 3<sup>e</sup> âge*

L'exercice a permis d'achever les composantes de la «nouvelle politique en faveur du 3<sup>e</sup> âge» qui font partie intégrante de la planification hospitalière. Elles sont parties en procédure de consultation avec la planification hospitalière et ont constitué un point essentiel dans les réponses. C'est sur la base de cette procédure de consultation qu'elles vont à présent être re-façonnées.

Les composantes de la «nouvelle politique en faveur du 3<sup>e</sup> âge» qui se fondent sur la législation sur les œuvres sociales ont pu être mises au point durant l'exercice et sont sur le point d'être terminées.

### 2.3.7 *Formation professionnelle*

#### 2.3.7.1 *Nouvelle conception des formations socio-pédagogiques*

Conformément aux accords conclus entre le canton et la commune municipale de Berne, c'est la municipalité de Berne et par là même la «Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule Bern (BFF Bern)» qui assure au nom du canton la formation des éducateurs et éducatrices dans les foyers, des enseignants et enseignantes pour handicapés mentaux et des éducateurs et éducatrices de la petite enfance.

Au début de l'année sous rapport, la Direction de l'instruction publique de la Ville de Berne a soumis à notre Direction une proposition de la «BFF Bern» en vue de l'élaboration du projet «Nouvelle conception des formations socio-pédagogiques et socio-culturelles», qui met en évidence la nécessité d'une planification de la formation socio-pédagogique qui soit orientée vers l'avenir.

Les objectifs visés par ce projet répondent dans une large mesure à ceux de la planification scolaire du canton de Berne de 1987. C'est pourquoi la Direction cantonale des œuvres sociales a approuvé le financement de ce projet; un avant-projet est d'ailleurs en cours d'élaboration. Le suivi du projet



cher die betroffenen kantonalen Direktionen, die Schuldirektion der Stadt Bern, die Arbeitsgemeinschaft der Heimerzieher-schulen und die BFF Bern vertreten sind, begleitet die Projektarbeiten. 1989 wird eine breite Vernehmlassung durchgeführt werden.

#### 2.3.7.2 Betagtenbetreuerinnen und Betagtenbetreuer

Im Berichtsjahr haben 27 Frauen und 2 Männer den zweiten berufsbegleitenden Ausbildungsgang in Betagtenbetreuung erfolgreich abgeschlossen; drei von ihnen schafften die theoretische Prüfung im zweiten Anlauf, drei haben die Nachprüfungen nicht bestanden und mussten endgültig abgewiesen werden. Ende des Berichtsjahres standen in den beiden theoretischen Ausbildungsorten Riggisberg und Aarwangen 62 Personen in Ausbildung, davon waren sieben Männer.

#### 2.3.7.3 Aktivierungstherapeutinnen und Aktivierungstherapeuten

Am 16. März hat der Grosse Rat der Eröffnung des ersten berufsbegleitenden Ausbildungsganges an der Bernischen Schule für Aktivierungstherapie im Pflegeheim Bärau zugestimmt. Die drei Jahre dauernde Ausbildung ermöglicht einem weiten Interessentenkreis eine Berufsausbildung im Sozialbereich. Es werden reifere Personen angesprochen, die bereits in der aktivierenden Betreuung und Pflege tätig sind, aus einem anderen Berufsfeld in den Fürsorgebereich umsteigen wollen, oder erst im reiferen Alter eine Berufsausbildung anstreben. Die Bernische Schule für Aktivierungstherapie bietet seit 1979 eine zwei Jahre dauernde Vollzeitausbildung an. Die Aktivierungstherapeutinnen und -therapeuten werden zunehmend als wichtige Mitarbeiter im Heim angesehen, die entscheidend mithelfen, die Selbständigkeit und Lebensqualität zu unterstützen und zu fördern.

#### 2.3.7.4 Kleinkinderzieherinnen und Kleinkinderzieher

Die an der Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule Bern (BFF Bern) angesiedelte neu organisierte Ausbildung für Kleinkinderzieherinnen und -erzieher ist sehr gut angelaufen und stösst auf grosses Interesse. Im Frühjahr des Berichtsjahres haben 16 Schülerinnen und im Herbst 17 Schülerinnen und ein Schüler die Ausbildung aufgenommen. Ende des Berichtsjahres waren in den drei laufenden Ausbildungsgängen insgesamt 52 Schülerinnen und Schüler in Ausbildung.

#### 2.3.8 Baubeiträge an Fürsorgeinstitutionen

Im Berichtsjahr wurden für 19 (Vorjahr 41) Projekte mit Gesamtkosten von 11,0 (138,8) Mio. Franken insgesamt 6,8 (84,3) Mio. Franken an Beiträgen sowie lastenverteilungsberechtigten Kosten bewilligt. Davon werden 10 (22) Projekte, die im abgelaufenen Jahr mit 1 (4) Ausnahme ausschliesslich Altersheime betreffen, im Wert von 6,0 (102,4) Mio. Franken über die Lastenverteilung von Gemeinden finanziert. Die hierfür ermittelten lastenverteilungsberechtigten Kosten belaufen sich auf 5,0 (76,5) Mio. Franken. Die übrigen 9 (19) Projekte mit Gesamtkosten von 5,0 (36,4) Mio. Franken werden aus Krediten der Direktion mit 1,6 (17,8) Mio. Franken subventioniert.

est assuré par un groupe composé de représentants des Directions cantonales concernées, de la Direction de l'instruction publique de la Ville de Berne, du Comité suisse des écoles pour éducateurs et de la «BFF Bern». Une procédure de consultation sera engagée à grande échelle en 1989.

#### 2.3.7.2 Personnel d'encadrement pour personnes âgées

Au cours de l'exercice, 27 femmes et 2 hommes ont achevé avec succès la formation d'encadrant en cours d'emploi donnée pour la deuxième année successive; trois d'entre eux ont réussi l'examen théorique au deuxième essai, trois autres ont raté l'examen de rattrapage et ont dû être éliminés définitivement. A la fin de l'exercice, les deux lieux de formation théorique, Riggisberg et Aarwangen, comptaient 62 personnes en cours de formation, dont sept hommes.

#### 2.3.7.3 Thérapeutes d'animation

Le Grand Conseil a approuvé le 16 mars le commencement de la première année de formation en cours d'emploi à l'Ecole bernoise de thérapie d'animation du foyer médicalisé de Bärau. Les cours, qui s'étendent sur trois ans, permettent à un cercle très large de personnes de recevoir une formation professionnelle dans le domaine social. Ils s'adressent à des personnes d'âge mûr, qui travaillent déjà dans la thérapie d'animation, qui, souhaitant changer de profession, se lancent dans l'aide sociale ou qui, dans la maturité, se décident à entamer une formation professionnelle.

L'Ecole bernoise de thérapie d'animation offre depuis 1979 une formation à plein temps de deux ans. De fait, les foyers accordent toujours plus d'importance aux thérapeutes d'animation, qui contribuent à améliorer l'autonomie et la qualité de la vie des patients.

#### 2.3.7.4 Educatrices/éducateurs de la petite enfance

Le nouveau cycle de formation réorganisé à la «Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule Bern (BFF Bern)» a très bien commencé et suscité un grand intérêt. Il regroupait 16 femmes au début de l'exercice, puis 17 femmes et 1 homme à l'automne de la même année. A la fin de l'exercice, l'école comptait sur les trois cycles de formation en cours 52 élèves en tout.

#### 2.3.8 Subventions à la construction d'institutions de prévoyance sociale

En cours d'exercice, 19 (41 en 1987) projets ont été approuvés. Leur coût s'est élevé à 11,0 (138,8) millions de francs, les subventions et les frais portés à la répartition des charges atteignant 6,8 (84,3) millions de francs. 10 (22) projets concernant, à 1 (4) exception près, des foyers pour personnes âgées, évalués à 6,0 (102,4) millions de francs, seront financés par la répartition des charges des communes. Les frais admis à la répartition des charges portent sur 5,0 (76,5) millions de francs, les 9 (19) autres projets, d'un montant de 5,0 (36,4) millions de francs, seront subventionnés à l'aide de crédits de la Direction par 1,6 (17,8) millions de francs.



## 2.3.9 Altersheimplanung

Ende des Berichtsjahres präsentierte sich der Stand der Realisation der Altersheimplanung 1981 (ohne Nachtrag) wie folgt:

	Anzahl Heime			Anzahl Betten		
	1. 7. 81 <sup>1</sup>	31. 12. 87	31. 12. 88	1. 7. 81	31. 12. 87	31. 12. 88
Bestand	73	93	97	3358	4169	4383
Im Bau	10	17	18	403	854	906
In Projektierung	21	5	–	1001	266	–
Planungsabsicht	9	1 <sup>2</sup>	1 <sup>2</sup>	462	32	32
<b>Total</b>	<b>113</b>	<b>116</b>	<b>116</b>	<b>5224</b>	<b>5321</b>	<b>5321</b>

<sup>1</sup> Genehmigung Altersheimplanung

<sup>2</sup> Eine Trägerschaft verzichtete auf die Realisierung ihres Projektes im Rahmen der Altersheimplanung 1981

Am 8. Juni hat der Regierungsrat den Nachtrag zur Altersheimplanung 81 genehmigt und damit die als Postulat überwiesene Motion Gugger vom 17. Februar 1987 erfüllt (vgl. Ziff. 4.4.1 Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate).

Mit dem Nachtrag 88 wird die Altersheimplanung 81 wie folgt ergänzt:

1. Spitalbezirk Erlenbach. Neu: In Wimmis ist ein Altersheim mit höchstens 33 Plätzen und dem Einzugsgebiet Wimmis, Reutigen, Niederstocken und Oberstocken zu erstellen.
2. Spitalbezirk Thun: Das Altersheim Uetendorf ist bei gleichem Einzugsgebiet mit höchstens 29 Plätzen zu erweitern.
3. Spitalbezirk Bern: In Stettlen ist ein Altersheim mit höchstens 23 subventionierten Betten zu errichten mit dem Einzugsgebiet Stettlen, Vechigen und Worb.
4. Spitalbezirk Langnau: Das Altersheim Zollbrück ist um höchstens 22 Plätze zu erweitern. Neu: In Eggwil sind – kombiniert mit einer nicht subventionsberechtigten Alterssiedlung – maximal 20 Altersheim-Plätze zu schaffen.

Werden alle planerisch errechneten Betten realisiert, wird sich die Gesamtzahl der in der Altersheimplanung 81 inkl. Nachtrag 88 enthaltenen Betten von 5321 um 127 auf 5448 erhöhen. Zum Realisationsstand des Nachtrages ist festzuhalten, dass die Vorarbeiten in den verschiedenen Planungsgebieten begonnen haben.

## 2.4 Abteilung Revisorat

## 2.4.1 Allgemeines

Der Abteilung Revisorat sind im Bereich Fürsorge folgende Aufgaben übertragen:

- Durchführung der Lastenverteilung
- Überprüfen der Fürsorgeaufwendungen der 412 Gemeinden im Hinblick auf die Lastenverteilungsberechtigung
- Überprüfen der zu genehmigenden Budgets der 140 durch den Staat finanzierten Fürsorgeinstitutionen mit dem Ziel der Kosten- und Subventionsbegrenzung
- Überprüfen der Betriebsrechnungen der 140 durch den Staat finanzierten Fürsorgeinstitutionen sowie Ausrichten der Lastenverteilungsberechtigten Betriebsbeiträge

## 2.3.9 Planification des foyers pour personnes âgées

La concrétisation de la planification des foyers pour personnes âgées de 1981 (sans supplément) s'est traduite en fin de l'exercice comme suit:

	Nombre de foyers			Nombre de lits		
	1. 7. 81 <sup>1</sup>	31. 12. 87	31. 12. 88	1. 7. 81	31. 12. 87	31. 12. 88
En service	73	93	97	3358	4169	4383
En construction	10	17	18	403	854	906
En projet	21	5	–	1001	266	–
Envisagés	9	1 <sup>2</sup>	1 <sup>2</sup>	462	32	32
<b>Total</b>	<b>113</b>	<b>116</b>	<b>116</b>	<b>5224</b>	<b>5321</b>	<b>5321</b>

<sup>1</sup> Approbation de la planification des foyers pour personnes âgées

<sup>2</sup> Un support juridique a renoncé à la réalisation de son projet dans le cadre de la planification des foyers pour personnes âgées en 1981

Le Conseil-exécutif a approuvé le 8 juin le supplément à la planification des foyers pour personnes âgées de 1981, répondant par là même au souhait de la motion Gugger du 17 février 1987 transformée en postulat (cf. ch. 4.4.1 Classement de motions et de postulats réalisés).

Les compléments apportés à la planification des foyers pour personnes âgées de 1981 par le supplément de 1988 sont les suivants:

1. District hospitalier d'Erlenbach: la nouveauté, c'est qu'il faut construire à Wimmis un foyer pour personnes âgées avec 33 places au maximum et un rayon comprenant Wimmis, Reutigen, Niederstocken et Oberstocken.
2. District hospitalier de Thoune: il convient d'agrandir le foyer pour personnes âgées d'Uetendorf, pour un même rayon, avec 29 places au maximum.
3. District hospitalier de Berne: à Stettlen, il y a lieu de construire un foyer pour personnes âgées, avec un nombre maximal de lits subventionnés de 23 et un rayon comprenant Stettlen, Vechigen et Worb.
4. District hospitalier de Langnau: il faut agrandir le foyer pour personnes âgées de Zollbrück de 22 places au maximum. La nouveauté réside dans la création, à Eggwil, de 20 places de foyer pour personnes âgées au maximum, combinées à des logements non subventionnés avec encadrement médico-social.

Si le nombre de lits déterminé par calcul est atteint, la capacité totale en lits prévue par la planification des foyers pour personnes âgées de 1981 (et son supplément de 1988) devrait s'accroître de 127, passant de 5321 à 5448 lits. Pour ce qui est de la concrétisation du supplément à la planification des foyers pour personnes âgées, il faut relever que les travaux préparatoires ont été engagés dans les différents domaines de la planification.

## 2.4 Service de révision

## 2.4.1 Généralités

Voici les tâches du Service de révision dans le domaine des œuvres sociales:

- l'application de la répartition des charges;
- l'examen des dépenses d'assistance des 412 communes en vue de leur prise en compte dans la répartition des charges;
- l'examen des budgets soumis à l'approbation des 140 institutions que finance l'Etat dans le but de limiter les coûts et les subventions;
- l'examen des comptes d'exploitation des 140 institutions financées par l'Etat et le versement des subventions d'exploitation admises à la répartition des charges;

- Sporadische Überprüfung von Betriebsrechnungen mit stark ansteigenden Aufwandüberschüssen von den durch die Gemeinden finanzierten Fürsorgeinstitutionen
- Federführung bei neuen direkt finanzierten Subventionsgeschäften
- Vollzug der interkantonalen Heimvereinbarung
- Beraten der Gemeinden und Fürsorgeinstitutionen in Fragen des Rechnungswesens

- l'examen sporadique des comptes d'exploitation accusant des dépenses excédentaires fortement accrues dans les institutions sociales financées par les communes;
- la responsabilité des nouveaux cas de subventionnement financés directement;
- l'exécution de la Convention relative aux institutions;
- l'information des communes et institutions sociales dans le domaine de la comptabilité.

#### 2.4.2 *Ergebnis der Lastenverteilung pro 1987 vom 30. April*

In Tabelle 2 sind die Fürsorgeaufwendungen von Staat und Gemeinden in sechs Gruppen gegliedert aufgezeigt. Daraus sind die Verteilung der Fürsorgeaufwendungen auf Staat und Gemeinden sowie die Abweichungen gegenüber der Lastenverteilung pro 1986 ersichtlich. (Bekanntlich liegen die Zahlen des Berichtsjahres erst Mitte Mai des Jahres 1989 vor.)

Gemäss Dekret vom 9. September 1982 über die Verteilung der Aufwendungen für das Fürsorgewesen, III. Abschnitt, sind in der Lastenverteilung vom 30. April für das Rechnungsjahr 1987 folgende Aufwendungen enthalten:

- Unkorrigierte Fürsorgeaufwendungen pro 1987 der Gemeinden;
- Korrekturen der Fürsorgeaufwendungen pro 1986 der Gemeinden;
- Fürsorgeaufwendung pro 1987 des Staates.

#### 2.4.2 *Résultat de la répartition des charges 1987 du 30 avril*

Le tableau N° 2 informe sur les dépenses d'assistance de l'Etat et des communes selon six groupes. Il présente la répartition des dépenses d'assistance entre l'Etat et les communes ainsi que les écarts enregistrés par rapport à la répartition des charges de 1986 (les chiffres du présent exercice ne seront disponibles qu'à la mi-mai 1989).

Conformément au décret du 9 septembre 1982 sur la répartition des charges pour les œuvres sociales, III<sup>e</sup> chapitre, les dépenses suivantes ont été portées dans les comptes de la répartition des charges du 30 avril pour l'exercice 1987:

- les dépenses d'assistance, non corrigées, des communes pour 1987;
- les corrections des dépenses d'assistance des communes pour 1986;
- les dépenses d'assistance de l'Etat pour 1987.

##### 2.4.2.1 *Begründungen zu den Abweichungen der Lastenverteilungsabrechnung 1987 gegenüber der Lastenverteilungsabrechnung 1986*

##### 2.4.2.1 *Justification des écarts enregistrés dans la répartition des charges 1987 par rapport à la répartition des charges 1986*

###### *Armenfürsorge*

(Gesetz vom 3.12.1961 über das Fürsorgewesen, Art. 64 bis 72)

###### *Assistance*

(Loi du 3.12.1961 sur les œuvres sociales, art. 64 à 72)

###### *Gemeinden*

Die Nettounterstützungsausgaben der Gemeinden betragen 39,3 Mio. Franken. Gegenüber 1986 haben sie um 0,5 Mio. Franken oder ein Prozent zugenommen. Die Anzahl unterstützte Personen ist um 104 oder 0,7 Prozent zurückgegangen.

Pro unterstützte Person betragen die Nettounterstützungsausgaben 2470.20 Franken. Dies bedeutet eine Erhöhung um 50.45 Franken oder zwei Prozent pro Person gegenüber 1986. Diese Erhöhung ist, wie bereits in den beiden Vorjahren erwähnt, auf die Verlagerung der Unterstützungsfälle zurückzuführen. Vermehrt werden anstelle von Rentnern junge Leute mit Familien unterstützt.

###### *Communes*

Les dépenses d'assistance nettes des communes se sont élevées à 39,3 millions de francs. Par rapport à 1986, elles ont augmenté de 0,5 million de francs, soit d'un pour cent, tandis que le nombre des personnes assistées diminuait de 104, soit de 0,7 pour cent.

Les dépenses nettes par personne assistée ont atteint 2470 francs 20, soit 50 francs 45 ou deux pour cent de plus qu'en 1986. Cet accroissement résulte, comme nous l'avons déjà dit au cours des deux dernières années, du transfert des cas d'assistance: de plus en plus de jeunes familles avec enfants doivent être assistées en lieu et place de personnes retraitées.

###### *Staat*

Der Staat leistete 7,1 Mio. Franken Nettounterstützungsausgaben. Dies sind 0,27 Mio. Franken oder vier Prozent weniger als 1986.

Pro unterstützte Person ergaben sich Ausgaben von 2192.25 Franken. Das sind 86.25 Franken oder vier Prozent mehr als 1986. Die Anzahl unterstützte Personen hat um 265 abgenommen.

###### *Etat*

L'Etat a dépensé 7,1 millions de francs nets en secours d'assistance, soit 0,27 million de francs, ou quatre pour cent de moins qu'en 1986.

Les dépenses se sont élevées à 2192 francs 25 par personne, soit 86 francs 25 ou quatre pour cent de plus qu'en 1986. Le nombre de personnes assistées a diminué de 265.

###### *Zuschüsse für minderbemittelte Personen*

(Dekret vom 16.2.1971/17.11.1976/15.11.1977 sowie Regierungsratsbeschluss vom 25.11.1981)

Zuschüsse werden nur von den Wohnsitzgemeinden ausgerichtet. Sie betragen 11,2 Mio. Franken. Gegenüber 1986 bedeutet dies eine Abnahme von 0,7 Mio. Franken oder sechs Prozent. Die Zuschussbezüger haben um 204 Personen bzw. vier Prozent abgenommen.

###### *Allocations spéciales en faveur des personnes de condition modeste*

(Décret des 16.2.1971/17.11.1976/15.11.1977 et arrêté du Conseil-exécutif du 25.10.1981)

Seules les communes de domicile accordent des allocations spéciales, lesquelles se sont chiffrées à 11,2 millions de francs. Ce montant représente une diminution de 0,7 million de francs ou de six pour cent par rapport à 1986. Le nombre des bénéf-

Tabelle 2 – Vergleich der Lastenverteilung 1987 und 1986, gestützt auf die «Grundlage über die Verteilung der Fürsorgeaufwendungen vom 30. April 1987»

Tableau 2 – Parallèle entre les répartitions des charges 1987 et 1986 selon les «bases de calcul du 30 avril 1987»

Text	Gemeindeaufwendungen / Communes		Staatsaufwendungen / Etat		Total		Abweichungen Ecart Fr./%	1986 Fr.	1987 Fr.	Abweichungen Ecart Fr./%	Texte
	1987 Fr.	1986 Fr.	1987 Fr.	1986 Fr.	1987 Fr.	1986 Fr.					
Armenfürsorge	39 343 556	38 842 086	7 127 084	7 404 598	46 470 640	46 246 684	+ 223 956	46 246 684	46 470 640	+ 223 956	Assistance publique
Zuschüsse	11 228 303	11 925 518	-	-	11 228 303	11 925 518	- 697 215	11 925 518	11 228 303	- 697 215	Allocations spéciales
Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder	6 461 578	6 485 736	-	-	6 461 578	6 485 736	- 24 158	6 485 736	6 461 578	- 24 158	Aide au recouvrement et avance de contributions d'entretien pour enfants
Wohlfahrts- einrichtungen	60 880 524	52 239 761	7 485 808	7 885 382	68 366 332	60 125 143	+ 8 241 189	60 125 143	68 366 332	+ 8 241 189	Institutions
Fürsorgeheime	53 350 591	55 377 110	76 938 896	150 985 508*	130 289 487	206 362 618*	- 76 073 131	206 362 618*	130 289 487	- 76 073 131	Foyers, hospices
Personalkosten	14 480 141	13 283 194	4 688 320	4 758 528	19 168 461	18 041 722	+ 1 126 739	18 041 722	19 168 461	+ 1 126 739	Frais de personnel
Total	185 744 693	178 153 405	96 240 108	171 034 016	281 984 801	349 187 421	- 67 202 620	349 187 421	281 984 801	- 67 202 620	Total
Anteil Staat 6/10			- 169 190 881	- 209 512 453	- 169 190 881	- 209 512 453	- 40 321 572	- 209 512 453	- 169 190 881	- 40 321 572	Part de l'Etat 6/10
Anteil Gemeinden 4/10	- 112 793 920	- 139 674 968			- 112 793 920	- 139 674 968	- 26 881 048	- 139 674 968	- 112 793 920	- 26 881 048	Parts des communes 4/10
Guthaben der Gemeinden aus Lastenverteilung	+ 72 950 773	+ 38 478 437	72 950 773	38 478 437	-	-	- 34 472 336	-	-	-	Avoir des communes provenant de la répartition des charges

\* inkl. Auflösung der Transitorischen Aktiven gemäss Brief vom Juli 1986 des Regierungsrates

\* dissolution des actifs transitoires comprise, conformément à la lettre de juillet 1986 du Conseil-exécutif

Die Nettoausgaben pro Zuschussbezüger betragen 2447.60 Franken. Gegenüber 1986 haben sie sich um 44.80 Franken oder zwei Prozent reduziert.

#### *Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen*

(Verordnung vom 29. 6. 1962 über die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für besondere Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen)

#### *Gemeinden*

Hier erbrachten die Gemeinden Beiträge von 60,9 Mio. Franken. Dies sind 8,7 Mio. Franken oder 17 Prozent mehr als im Vorjahr.

Diese Kostensteigerung ist neben den teuerungsbedingten Mehrkosten ebenso auf neue Einrichtungen zurückzuführen (Ausbau der ambulanten Dienste im Spitexbereich sowie bei den Jugendeinrichtungen).

#### *Staat*

Der Staat leistete Beiträge von 7,5 Mio. Franken. Gegenüber 1986 bedeutet dies eine Aufwandabnahme von 0,4 Mio. Franken oder fünf Prozent.

Diese Abnahme ist auf die reduzierten Betriebsbeiträge an die landwirtschaftlichen Betriebshelferdienste zurückzuführen.

#### *Fürsorgeheime*

(Dekret vom 17. 9. 1968 über die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für Fürsorgeheime)

Diese Gruppe enthält Bau- und Einrichtungs- sowie Betriebsbeiträge für ca. 285 bernische Fürsorgeinstitutionen und mehrere ausserkantonale Heime (für Berner in Heimen ausserhalb des Kantons Bern).

#### *Gemeinden*

Die Gemeinden finanzieren Heime, welche eine örtliche und/oder überörtliche Aufgabe erfüllen. Es handelt sich hier vorwiegend um Alters- und Leichtpflegeheime gemäss der Altersheimplanung.

Die Gemeinden haben Beiträge von 53,3 Mio. Franken geleistet. Die Reduktion gegenüber 1986 betrug 2,0 Mio. Franken oder vier Prozent.

Die Ausgabenabnahme ist einerseits auf die reduzierten Heimdefizite von rund 5,3 Mio. Franken infolge erhöhter Pensionspreise (EL-Erhöhung) und andererseits aber auf die erhöhten Projektierungskredite und Amortisationen für neue Altersheime von rund 3,3 Mio. Franken zurückzuführen.

#### *Staat*

Hier leistete der Staat Beiträge von 77 Mio. Franken. Gegenüber 1986 bedeutet dies eine Reduktion um 74,0 Mio. Franken.

In den staatlichen Beiträgen von 151,0 Mio. Franken des Vorjahres ist aber die Auflösung der Transitorischen Aktiven im Betrage von 69,0 Mio. Franken enthalten. Unter Ausklammerung dieser Auflösung beträgt die Reduktion noch 5,0 Mio. Franken oder sechs Prozent. Diese Verminderung ist in der Hauptsache auf die niedrigeren Defizite der privaten Fürsorgeinstitutionen für Erwachsene gegenüber dem Vorjahr (Kostgelderhöhungen) zurückzuführen. Ferner hat sich auch der Übergang zum Kassaprinzip auf den 1. Januar 1987 ausgewirkt.

ficiaries a baissé de 204, soit de quatre pour cent. Chacun d'entre eux a reçu en moyenne 2447 francs 60 nets, soit 44 francs 80, ou deux pour cent de moins qu'en 1986.

#### *Institutions spécialisées de prévoyance et d'aide sociale*

(Ordonnance du 29. 6. 1962 concernant les prestations de l'Etat et des communes à des institutions particulières de prévoyance)

#### *Communes*

Les subventions des communes ont atteint 60,9 millions de francs, ce qui représente une augmentation de 8,7 millions de francs, ou de 17 pour cent par rapport à l'année précédente.

Cette augmentation des dépenses est due aux coûts supplémentaires inhérents au renchérissement et à la création de nouvelles institutions (extension des services ambulatoires dans le domaine des SPITEX ainsi que des institutions en faveur de la jeunesse).

#### *Etat*

L'Etat a accordé des subventions pour 7,5 millions de francs, ce qui équivaut à une diminution des dépenses de 0,4 million de francs, ou de cinq pour cent par rapport à 1986.

Ce montant résulte d'une diminution des subventions d'exploitation en faveur des services d'entraide et de dépannage en agriculture.

#### *Foyers à but social*

(Dekret du 17. 9. 1968 concernant les dépenses de l'Etat et des communes pour les foyers, hospices et asiles)

Ce groupe englobe les subventions à la construction, à l'aménagement et à l'exploitation de quelque 285 établissements bernois à but social et de plusieurs foyers extra-cantonaux (pour Bernois en foyers hors du canton).

#### *Communes*

Elles assurent le financement des foyers qui accomplissent une tâche locale et/ou supra-locale. Il s'agit surtout de foyers pour personnes âgées et de foyers dispensant des soins légers conformément à la planification des foyers pour personnes âgées.

Les contributions des communes ont atteint un montant de 53,3 millions de francs, ce qui représente une diminution de 2,0 millions de francs, ou de quatre pour cent, par rapport à 1986.

Ce montant résulte d'une diminution du déficit des foyers de quelque 5,3 millions de francs due à la hausse des prix de pension (augmentation des PC) et d'une augmentation des crédits d'élaboration et des amortissements en faveur des nouveaux foyers pour personnes âgées, de quelque 3,3 millions de francs.

#### *Etat*

L'Etat a versé dans ce secteur un montant de 77 millions de francs, ce qui représente une diminution de 74,0 millions de francs par rapport à 1986.

Ce montant comprend 69,0 millions de francs représentant la dissolution des actifs transitoires, sans laquelle les dépenses cantonales pour les foyers auraient été réduites de 5,0 millions de francs, ou de six pour cent. Cette réduction résulte pour l'essentiel de la diminution du déficit des institutions pour adultes par rapport à l'année précédente (hausses des prix de pension), mais aussi de l'adoption le 1<sup>er</sup> janvier 1987 du principe de caisse.

*Personalkosten*

(Verordnung vom 29. 7. 1966 über die Förderung der Ausbildung von Sozialarbeitern und Verordnung vom 27. 3. 1974 über die Zulassung von Besoldungskosten für Sozialarbeiter zur Lastenverteilung)

*Gemeinden*

Die Ausgaben für Besoldungen und Weiterbildung der Sozialarbeiter der Gemeinden betragen 14,5 Mio. Franken. Hier erfolgte eine Zunahme um 1,2 Mio. Franken oder neun Prozent gegenüber 1986. Dies ist auf vermehrte Besetzung vakanter Sozialarbeiterstellen zurückzuführen. Im weitern haben aber auch Ausbildungsbeiträge und Reiseentschädigungen zugenommen.

*Staat*

Die Ausgaben des Staates für Besoldungen und Weiterbildung der Sozialarbeiter der Polizei- und Justizdirektion sowie die Beiträge an die Berufsbildung im Fürsorgewesen betragen 4,7 Mio. Franken. Hier sind 0,1 Mio. Franken bzw. ein Prozent weniger Aufwendungen angefallen.

Die ab 1. Januar des Berichtsjahres in Kraft getretene Änderung der Verordnung vom 29. Juli 1966 über die Förderung der Ausbildung von Sozialarbeitern (Ausweitung der Weiterbildungsmöglichkeiten) wird zweifellos Mehrkosten in diesem Bereich zur Folge haben.

*Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder*

(Gesetz vom 6. 2. 1980 und Verordnung vom 10. 9. 1980 über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder)

Das oben erwähnte Gesetz trat am 1. Januar 1981 in Kraft. Es sind ausschliesslich die Gemeinden, welche hier Leistungen zu erbringen haben.

Die gesamten Bevorschussungen pro 1987 von Unterhaltsbeiträgen für Kinder, welche 1987 von den Gemeinden nicht eingebracht werden konnten, betragen 6,5 Mio. Franken. Sie blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert. Von den geleisteten Bevorschussungen von 15,1 Mio. Franken konnten die Gemeinden lediglich 8,6 Mio. Franken oder 57 Prozent wieder eintreiben.

*Total Fürsorgeaufwendungen*

Insgesamt erbrachten Staat und Gemeinden 282,0 Mio. Franken Fürsorgeaufwendungen. Gegenüber 1986 betragen die Minderausgaben 67,2 Mio. Franken oder 19 Prozent. Ohne Auflösung der Transitorischen Aktiven im Vorjahr hätten die gesamten Fürsorgeaufwendungen trotzdem nur um 1,8 Mio. Franken oder ein Prozent zugenommen.

2.4.3 *Revisionsergebnisse*

Die Korrekturen der Gemeinderechnungen pro 1986 betragen 0,8 Mio. Franken oder 0,4 Prozent der Fürsorgeaufwendungen der Gemeinden.

Hier ist anzumerken, dass der Stadt Bern aufgrund von gutgeheissenen Einsprachen aus früheren Jahren 3,2 Mio. Franken unter dem Titel «Korrekturen» gutgeschrieben worden sind. Ohne diese ausserordentliche Gutschrift hätten die Korrekturen 4,0 Mio. Franken oder zwei Prozent der Fürsorgeaufwendungen der Gemeinden betragen.

Gegen die Lastenverteilungsabrechnung vom 30. April haben zehn Gemeinden Einsprache erhoben. Davon konnten drei

*Frais de personnel*

(Ordonnance du 29. 7. 1966 concernant l'encouragement à la formation de travailleurs sociaux et ordonnance du 27. 3. 1974 concernant l'admission des frais de traitement des travailleurs sociaux à la répartition des charges)

*Communes*

Les communes ont dépensé 14,5 millions de francs pour les traitements et la formation complémentaire des assistants sociaux, ce qui équivaut à une augmentation de 1,2 million de francs, ou de neuf pour cent, par rapport à 1986. Cette augmentation s'explique par le fait que plusieurs places vacantes de travailleurs sociaux sont désormais occupées, mais aussi par la hausse des subventions de formation et des indemnités de déplacement.

*Etat*

Les dépenses de l'Etat pour les traitements et la formation complémentaire des assistants sociaux des Directions de la police et de la justice, ainsi que pour les subventions à la formation professionnelle en matière d'œuvres sociales ont atteint 4,7 millions de francs, ce qui constitue une diminution de 0,1 million de francs, ou d'un pour cent.

La modification de l'ordonnance du 29 juillet 1966 concernant l'encouragement à la formation des travailleurs sociaux, entrée en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier de l'année sous rapport (élargissement des possibilités de formation complémentaire), entraînera sans aucun doute des frais supplémentaires dans ce secteur.

*Aide au recouvrement et avance de contributions d'entretien pour enfants*

(Loi du 6. 2. 1980 et ordonnance du 10. 9. 1980 sur l'aide au recouvrement et avance de contributions pour enfants)

Cette loi est entrée en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 1981. Ces prestations sont à la charge exclusive des communes. Les avances de contributions d'entretien pour enfants en 1987 qui n'ont pu être récupérées par les communes se sont élevées à 6,5 millions de francs. Ce montant n'a pas changé par rapport à l'année précédente. Des 15,1 millions de francs versés à titre d'avances, les communes n'ont récupéré que 8,6 millions de francs ou 57 pour cent.

*Total des dépenses d'assistance*

Les dépenses d'assistance de l'Etat et des communes se sont élevées à 282,0 millions de francs. L'excédent se monte à 67,2 millions de francs ou 19 pour cent par rapport à 1986. Sans la dissolution des actifs transitoires l'année précédente, les dépenses totales d'assistance n'auraient augmenté que de 1,8 million de francs ou d'un pour cent.

2.4.3 *Résultats des révisions*

Les rectifications issues de l'examen des comptes des œuvres sociales communales pour 1986 ont représenté 0,8 million de francs, soit 0,4 pour cent des dépenses d'assistance des communes.

Signalons que la Ville de Berne s'est vu bonifier, en raison d'anciennes oppositions dans lesquelles elle a obtenu gain de cause, 3,2 millions de francs à titre de «rectifications». Sans cette bonification exceptionnelle, les rectifications se seraient montées à 4,0 millions de francs, soit à deux pour cent des dépenses d'assistance des communes.

Dix communes ont fait opposition contre le décompte de la



erledigt werden. Sieben Einsprachen sind zurzeit noch in Bearbeitung.

Die Buchprüfungen und Subventionsabrechnungen der Rechnungsjahre 1986 und 1987 der 140 vom Staat direkt finanzierten Fürsorgeinstitutionen führten zu Bereinigungen von insgesamt 49 000 Franken. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 25 externe Revisionen durchgeführt (8 für das Jahr 1986 und 17 für das Jahr 1987). Aus personellen Gründen ist es nicht möglich, in allen direkt finanzierten Institutionen jährlich externe Buchprüfungen vorzunehmen, sondern nur alle fünf bis sechs Jahre. Aufgrund der eingereichten Abschlussunterlagen werden jedoch zusätzlich noch Institutionen mit Budgetüberschreitungen sowie Einrichtungen, in denen personelle und strukturelle Probleme aufgetreten sind, überprüft. Ausserdem wurden verschiedene externe Revisionen von indirekt über die Gemeinden subventionierten Fürsorgeinstitutionen vorgenommen.

répartition des charges du 30 avril: trois ont pu être réglées, les sept autres étant encore à l'examen.

Les examens des livres et décomptes de 1986 et 1987 des 140 institutions à but social bénéficiant de subventions cantonales ont abouti à des apurements pour un montant total de 49 000 francs. Durant l'exercice, on a procédé à 25 révisions externes (8 pour 1986 et 17 pour 1987). Faute de personnel, il n'est pas possible d'effectuer chaque année des révisions externes dans les institutions subventionnées; de fait, elles ne peuvent être réalisées que tous les cinq à six ans. On examine également, sur la base des boucllements reçus, des institutions présentant des dépassements de budget ainsi que des établissements connaissant des problèmes de structure ou de personnel. Enfin, on a aussi procédé à différentes révisions externes d'institutions à but social indirectement subventionnées par les communes.

### 3. **Parlamentarische Vorlagen**

Gesetz über das Fürsorgewesen vom 3. Dezember 1961 – Änderung vom 15. November (vgl. auch Ziff. 2.1.7 hiervor)

### 3. **Textes législatifs soumis au Parlement**

Loi du 3 décembre 1961 sur les œuvres sociales – Modification du 15 novembre (cf. également ch. 2.1.7 ci-avant)

### 4. **Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)**

### 4. **Interventions parlementaires (motions et postulats)**

#### 4.1 **Abschreibungen von Motionen und Postulaten**

#### 4.1 **Classement de motions et de postulats**

##### 4.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

##### 4.1.1 *Classement de motions et de postulats réalisés*

*Postulat Schaer* vom 20. Mai 1985 betreffend Verordnung über die gewerbsmässige Pflege von Betagten und Behinderten in Heimen und Familien.

Das Postulat kann im Einvernehmen mit Grossrätin Schaer abgeschrieben werden, da sich die Direktion bereit erklärte, im Rahmen der vorgesehenen Revision des Fürsorgegesetzes sowie im Rahmen der Umsetzung des Ausbildungskonzeptes der Schulplanung 1987 in die Praxis den im Postulat geäussernten Anliegen Rechnung zu tragen.

*Postulat Matter* vom 5. Februar 1985 betreffend Förderung und Koordination der spitalexternen Dienste (SPITEX) im Kanton Bern.

Es konnten bereits wesentliche Verbesserungen der Leistungen der Krankenkassen für die Heimpflege erreicht werden. Das Handbuch der sozialen und medizinischen Institutionen im Kanton Bern liegt vor, das mit zur Koordination beiträgt. Die SPITEX-Broschüre steht kurz vor der Veröffentlichung. Da die Förderung der SPITEX als Daueraufgabe zu betrachten ist, haben die Direktionen der Gesundheit und der Fürsorge einen verwaltungsinternen SPITEX-Ausschuss eingesetzt; er wird sich an der geplanten Ausarbeitung eines SPITEX-Leitbildes für den Kanton Bern beteiligen. Bestandteil des SPITEX-Leitbildes werden die im Postulat erwähnten Informationsstellen sein. Ebenso wird die – möglichst während 24 Stunden – telefonische Erreichbarkeit der SPITEX-Dienste zu diskutieren sein. Unter diesen Voraussetzungen hat sich die PostulantIn bereit erklärt, der Abschreibung zuzustimmen.

*Postulat Gugger Fritz* vom 20. Mai 1985 betreffend Notrufsysteme für alleinstehende Betagte.

Diese Frage wird im Rahmen des sich in Vorbereitung befindenden SPITEX-Leitbildes bearbeitet werden. Zudem sind heute geeignete Notruf-Apparate erhältlich, deren Mietkosten

*Postulat Schaer* du 20 mai 1985 au sujet de l'ordonnance du 18 septembre 1973 concernant les soins donnés à titre professionnel dans des foyers et des familles à des personnes âgées ou handicapées.

D'entente avec son auteur, le postulat a pu être classé, car la Direction s'est déclarée prête à tenir compte de la demande qu'il formule dans le cadre de la révision prévue de la loi sur les œuvres sociales, mais aussi de la traduction dans les faits de la conception de la formation consignée dans la planification scolaire de 1987.

*Postulat Matter* du 5 février 1985 concernant la promotion et la coordination des services de soins extra-hospitaliers SPITEX dans le canton de Berne.

Les caisses-maladie ont déjà considérablement amélioré leurs prestations pour les soins à domicile. Il existe désormais aussi un répertoire des institutions sociales et médicales du canton de Berne, qui doit contribuer à la coordination des différents services. Quant à la brochure SPITEX, elle est sur le point d'être publiée. Considérant la promotion des SPITEX comme une tâche permanente, les Directions de l'hygiène publique et des œuvres sociales ont par ailleurs créé un comité SPITEX, qui participera à l'élaboration prévue d'une conception SPITEX pour le canton de Berne. Feront partie intégrante de ce projet les services d'information mentionnés dans la motion. Il conviendra d'examiner par la même occasion dans quelle mesure les services SPITEX pourront être atteints par téléphone 24 heures sur 24. Dans ces conditions, la députée Matter s'est déclarée d'accord avec le classement de son postulat.

*Postulat Gugger Fritz* du 20 mai 1985 concernant les dispositifs d'appel à l'aide pour les personnes âgées vivant seules.

Cette question sera examinée dans le cadre de la conception

in der Regel für den AHV-Rentner erschwinglich sind. Der Postulant hat sich mit der Abschreibung einverstanden erklärt.

*Postulat Gugger Fritz* vom 17. Februar 1987 betreffend Nachtrag zur Altersheimplanung.

Mit Beschluss vom 8. Juni hat der Regierungsrat den Nachtrag zur Altersheimplanung 1981 genehmigt, womit das Postulat Gugger als erfüllt abgeschrieben werden kann.

#### 4.1.2 *Ausserordentliche Abschreibungen*

Keine.

### 4.2 **Vollzug überwiesener Motionen und Postulate**

#### 4.2.1 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist*

*Postulat Suter* vom 19. November 1987 betreffend Förderung der spitalexternen Dauerpflege.

Im Rahmen des sich zurzeit in Ausarbeitung befindenden SPITEX-Konzeptes wird die Erfüllung der in Ziffer 1 und 2 des Postulates angeführten Begehren geprüft (Ziff. 3 ist als erfüllt vom Grossen Rat abgeschrieben worden).

*Postulat Herzig* vom 14. September 1988 betreffend Schaffung eines Flüchtlings-Sekretariates Oberaargau-Emmental.

Diese Frage wird zurzeit in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden geprüft. Erste Kontakte mit Gemeindevertretern haben bereits stattgefunden.

#### 4.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

*Motion Zürcher* (Gwatt) vom 10. Februar 1986 betreffend Finanzierung von kommunalen Aufwendung für Asylanten.

Die Arbeiten an einem kantonalen Asylgesetz, das diese Frage regeln wird, sind im Gange (vgl. Ziff. 2.1.7 Rechtsabteilung).

Bern, März 1989

Der Fürsorgedirektor: *Meyer*

Vom Regierungsrat genehmigt am 26. April 1989

#### *Anhang:*

Die Tabelle 2 im Anhang enthält die Zahlen des Jahres 1987, weil diejenigen des Berichtsjahres zurzeit noch nicht vorliegen.

SPITEX, qui est en cours d'élaboration. Par ailleurs, il existe aujourd'hui des dispositifs d'appel à l'aide dont la location est en général à la portée des bénéficiaires de l'AVS. Le député s'est déclaré d'accord avec le classement de son postulat.

*Postulat Gugger Fritz* du 17 février 1987 concernant le supplément à la Planification des foyers pour personnes âgées.

Par arrêté du 8 juin, le Conseil-exécutif a approuvé le supplément à la Planification des foyers pour personnes âgées, répondant par là même au postulat Gugger, qui peut en conséquence être classé.

#### 4.1.2 *Classement extraordinaire*

Aucun.

### 4.2 **Réalisation de motions et de postulats adoptés**

#### 4.2.1 *Motions et postulats pour lesquels le délai de deux ans n'est pas écoulé*

*Postulat Suter* du 19 novembre 1987 concernant la promotion des soins extra-hospitaliers.

Les propositions formulées aux chiffres 1 et 2 du postulat sont étudiées dans le cadre de la conception SPITEX actuellement en élaboration (la proposition mentionnée sous ch.3 étant, quant à elle, réalisée, le Grand Conseil l'a classée).

*Postulat Herzig* du 14 septembre 1988 concernant la création d'un secrétariat pour les réfugiés pour la Haute-Argovie et l'Emmental.

Cette question est examinée actuellement en étroite collaboration avec les autorités compétentes. Des contacts ont déjà été établis à cet effet avec les représentants des communes concernées.

#### 4.2.2 *Motions et postulats dont le délai à été prolongé*

*Motion Zürcher* (Gwatt) du 10 février 1986 concernant le financement des dépenses communales en faveur des demandeurs d'asile.

Les travaux d'élaboration d'une loi cantonale sur l'asile, qui réglera cette question, sont en cours. (cf. ch. 2.1.7 Service juridique)

Berne, mars 1989

Le directeur des œuvres sociales: *Meyer*

Approuvé par le Conseil-exécutif le 26 avril 1989

#### *Annexe*

Le tableau 2 publié à la fin du rapport mentionne les chiffres de 1987, ceux du présent exercice n'étant pas encore disponibles.